Merseburger Tageblatt

Kreisblatt

Bezugspreis frei Haus durch die Austräger vierteljährlich M. 2.10, monatlich 90 Pf. durch die Post bezogen jährlich und 1.6 monatlich. Selbstabholer bei Abholung v. d. Exped. M 2.40 beim 80 Pf. Einzelnummer 15 Pf. — Erscheinen 6mal wöchentlich nachm. — Für unverlangte Einsendungen wird keine Gewähr geboten — Erfüllungsort Merseburg. — Fernruf 100 Geschäftsstelle Hälterstr. 4.

Anzeigenpreis für die einsp. Kleinzeile oder deren Raum 30 Pf. für Orts- u. kleine Anzeigen, Haushalt und Familie berücksichtigt. 25 Pf. Die Berechnung für die laufende Vierteljahr bezw. Monat wird von Bestellern an kleine Anzeigen in Zahlung genommen. Schwierigkeiten wird angemessen höher berechnet. — Reklamezeile 75 Pf. — Hinterlegtüber und Vorzugsplätzen extra.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

Amtliches Anzeigeblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden.

Nr. 25. Donnerstag, den 30. Januar 1919 159. Jahrgang.

Tageschronik

Aufruf an alle deutschen Männer.
Ohne Arbeit keine Kohle, keine Lebensmittel!
Hartherzigkeit des amerikanischen Kongresses.
Eine deutsche Antwort auf die Uebergriffe der Entente.
Wiedereinsetzung des Haager Schiedsgerichtes?
Die bolschewistische Gefahr.
Vor wichtigen Entscheidungen Deutsch-Oesterreichs.

Das Wahlergebnis zur preußischen Landesversammlung im Wahlbezirk Merseburg-Erfurt-Schmalkalden.

Wir bezeichnen im Folgenden die Unabhängigen mit U, die Mehrheitssozialisten mit S, die deutsche demokratische Volkspartei mit D, die Deutschnationalen mit N, die deutsche Volkspartei mit V und die Christliche Volkspartei mit Z.

Regierungsbezirk Merseburg.

Es erhielten Stimmen: U 208 823, S 89 240, D 157 438, N 79 131, V 11 658, Z 6595.

Regierungsbezirk Erfurt.

Es erhielten Stimmen: U 75 191, S. 48 198, D 47 253, N 39 146, V. 596, Z 45 466.

Kreis Schmalkalden.

Es erhielten Stimmen: U 6504, S 7123, D 3710, N 1847, V 9, Z 74.

Insgesamt erhielten Stimmen: U 350 518, S 144 561, D 208 401, N 120 124, V 12 263 und Z 52 135.

Es entfielen somit auf U 8 Sitze (Hennig, Mehrhof, Winden, Frau John, Sämisch, Kleinspehn, Cristange und Menzel), auf S 3 Sitze (Garbe, Krüger und Schrader), auf D 5 Sitze (Abderhalden, Degenhardt, Höfer, Nebelung Schreiber), auf N 2 Sitze (Herrmann und Fuchs), auf Z 1 Sitz (Dietrich). V. fiel aus.

Weitere Wahlergebnisse.

Berlin, 29. Januar. Im einzelnen liegen von den insgesamt 23 Wahlkreisen die Ergebnisse von 19 Kreisen vor. Danach haben erhalten S 129 Sitze, U 22, D 59. N 37, V 14 und Z 65. Es fehlen noch Pommern, Breslau, Liegnitz und die rheinischen Wahlkreise, die vornehmlich dem Zentrum noch eine starke Erhöhung seiner Sitze bringen dürften, außerdem Westpreußen und der Berliner Vorortswahlkreis Teltow-Beeskow.

Berlin, 29. Januar. Bei den Berliner Wahlen entfielen auf U 270 460, auf S 343 009, auf D 143 751, auf N 99 202, auf V 5200 und auf Z 52 853 Stimmen. Es entfallen mithin von den 21 Berliner Mandaten 8 auf die Mehrheitssozialisten, 6 auf die Unabhängigen, nur 3 auf die Demokraten und 4 auf den bürgerlichen Block, wovon 2 von den Deutschnationalen, 1 von den Christlichen und 1 von der Deutschen Volkspartei besetzt werden. Wie versichert wird, hätte bei den Wahlen in Berlin bei einem Haar der bürgerliche Block 5 Sitze erstritten, von denen die Mehrheitssozialisten einen hätten abgeben müssen. Die preußische Nationalversammlung wird demnach allen Anlaß haben, sich die 2316 angeblich ungültigen Stimmzettel recht genau anzusehen, da sie u. a. das Bild noch ändern könnten.

Bochum, 29. Januar. Bei den Wahlen zur preußischen Landesversammlung erhielten im 18. Wahlkreise Arnsberg U 20 791, S 196 376, D 48 798, N und V zusammen 85 673 und Z. 132 683 Stimmen.

Kiel, 29. Januar. Im 14. Wahlkreis (Schleswig-Holstein und Fürstentum Lübeck) erhielten Stimmen: U 19 347, S 333 651, D 195 035, N 55 410, V 51 926, Schlesw.-Holst. Bauern- und Landarbeiter-Demokratie 61 754, Z 7295. S erhielt 8, D 5, N 1, V 1 und die Bauern und Landarbeiter ebenfalls 1 Sitz.

Oppeln, 29. Januar. Im 10. Wahlkreis (Reg.-Bezirk Oppeln) erhielten Stimmen: S 189 954, U 52 276, D 35 459, N 47 154, Z 315 394. Sitze erhielten S 7, U 2, D 1, N 1, Z 11.

Ein provisorischer Präsident?

An der Spitze der provisorischen Reichsgewalt, deren Einsetzung nach dem Beschluß des bundesstaatlichen Ausschusses der Nationalversammlung vorgeschlagen werden soll, soll, wie verlautet, ein vorläufiger „Reichspräsident" stehen.

Die von der Reichskonferenz eingesetzte Kommission ist zu einem Beschluß gekommen. Das von ihr fertiggestellte Verfassungsvorgesetz ist dem Kabinett vorgelegt worden. Es handelt sich um einen ganz kurzen Entwurf, der aus neun Paragraphen besteht. Der Entwurf des Staatssekretärs Preuß ist von der Kommission einstweilen überhaupt nicht beraten worden, sondern wird erst den Gegenstand späterer Verhandlungen bilden.

Der Schutz der Nationalversammlung.

Wie aus Berlin gemeldet wird, ist dem Berliner Freiwilligen-Regiment Reinhard der Schutz der Nationalversammlung in Weimar übertragen worden. Zwei Bataillone des Regiments werden bereits in den nächsten Tagen nach Weimar entsandt und dort untergebracht werden. Die Truppe soll dort der Regierung zur freien Verfügung stehen.

Einigkeit zwischen Zentralrat und Regierung

ist in Bezug auf die Bestimmung, Weimar als Tagungsort der Nationalversammlung auszusehen, erzielt worden. Zwischen Regierung und Zentralrat ist jedoch ausdrücklich festgelegt worden, daß es nur bei dieser einen Ausschaltung und Herabsetzung Berlins als Reichshauptstadt bleiben müsse. Der Zentralrat hat die Zustimmung der Regierung erhalten, daß sie in künftigen Fällen sich mit diesem über derart wichtige Beschlüsse vorher ins Benehmen setzt. Jedenfalls sind Regierung und Zentralrat sich darüber einig, an Berlin als Reichshauptstadt nach wie vor festzuhalten.

Unterstaatssekretär Preuß und seine Gegner.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben:

In Berlin ging heute das Gerücht, daß Unterstaatssekretär Preuß sich mit Rücktrittsgedanken trage, weil sein Verfassungsentwurf selbst von den Mehrheitssozialisten nicht voll inhaltlich anerkannt und von der preußischen Regierung seine logischen Schlußfolgerungen als unmöglich hingestellt werden. Wie ich an zuständiger Stelle erfahre, findet dieses Gerücht keine Bestätigung, da Preuß der Ansicht ist, daß die Nationalversammlung seinen Entwurf, wenn auch nicht vollständig, so doch mit kleinen Aenderungen annehmen muß. Weil er sich so sicher in seinem Amte fühlt, und so selbstbewußt über die von ihm geleistete Arbeit ist, hat er auch die Aufforderung deutsch-demokratischer Kreise, auf seine Kandidatur zu verzichten, mit einer Schärfe abgelehnt, die selbst in demokratischen Kreisen verstimmte. Man rechnet jedoch bestimmt damit, daß bei der Umgestaltung der Regierung, die in den ersten Tagen der Nationalversammlung wahrscheinlich vor sich gehen wird, auch die Stunde des Unterstaatssekretärs Preuß geschlagen hat.

Neue indirekte Reichssteuern?

Berlin, 28. Januar. Die heute in Weimar zusammentretende Konferenz der einzelstaatlichen Finanzminister wird sich auch mit der Frage neuer indirekter Reichssteuern beschäftigen. Vor allem wird, wie der „Berl. Lok.-Anz." wissen will, der Tabak wieder „bluten" müssen, und zwar in erster Linie die Zigaretten, an zweiter Stelle kommt der Zucker in Betracht. Sodann dürfte eine Vereinbarung und damit zugleich eine Erhöhung des Grundstückumsatzstempels u. a. angenommen werden, wie sich überhaupt der Ausbau der Umsatzsteuer anschließen wird. Das gilt vorzugsweise für Luxussachen.

Die deutschen Eisenbahnen.

Mit der Frage, ob die einzelstaatlichen Eisenbahnen an das Reich übergehen, wird sich die Finanzministerkonferenz in Weimar zu beschäftigen haben. Sachsen wird sich dabei nicht grundsätzlich ablehnend verhalten, sondern gegen eine Entschädigung, die sich nach dem Werte des auf das Reich übergehenden festen und rollenden Materials richtet, mit dem Uebergang auf das Reich einverstanden erklären. Dies wird Sachsen dadurch wesentlich erleichtert, daß die Eisenbahn im letzten Jahre 100 Millionen Mark Fehlbetrag erbracht hat.

Gegen die Fortführung der Zwangswirtschaft.

Wie der Zentralverband des deutschen Großhandels mitteilt, wird von den Wirtschaftsgruppen der Industrie, des Handels, des Handwerks und der Banken eine große Protestaktion gegen die Fortführung der Zwangswirtschaft beabsichtigt. In sämtlichen deutschen Wirtschaftszentren sollen voraussichtlich am 12. Februar große Kundgebungen stattfinden. In den Betrieben soll, abgesehen von den Banken und Lebensmittelgeschäften, an diesem Tage die Arbeit ruhen.

Gegen diesen letzten Vorschlag erhebt die „Voss. Ztg." mit Recht starke Bedenken. Die Wiedererweckung des Arbeitswillens in den Massen sei jetzt die wichtigste Aufgabe. Bei Spartakus sei die Vorliebe für demonstrative Arbeitsruhe verständlich, aber die Vertreter des Handels und der Industrie werden diesen Plan hoffentlich energisch ablehnen.

Die Insel Deutschland.

Eine der ersten Forderungen, die die deutsche Arbeiterschaft nach dem 9. November erhoben hat, zielt auf die Verstaatlichung der großindustriellen Betriebe. Ihr oft sich, natürlicherweise, die der mittleren anschließen, und ob man dann den Schuhmacher und Schlosser in seiner kleinen Werkstatt als unabhängigen Meister weiter schalten lassen wird, ist mindestens fraglich. „Mit Herrn Krupp", so sagte einmal Wilhelm Liebknecht, der Vater, werden wir in zwei Minuten fertig, und Herrn Krupps Betrieb ist so groß wie der von hunderttausend Schmiedemeistern. Dennoch ist jeder von diesen hunderttausend Schmiedemeistern schwerer zu enteignen als Krupp. Wir müssen sie deshalb bei Zeiten fest anfassen." Einstweilen verlangen indes die Arbeiter, wie gesagt, nur die Sozialisierung der Großen. Sie erwarteten sie mit Bestimmtheit von der Regierung Ebert-Scheidemann, die sich ängstlich wandte und drehte, um das glühende Eisen nicht anfassen zu brauchen; sie verlangen sie von der Nationalversammlung. Durch umfassende Streiks und ungeheuerliche Lohnwünsche haben sie sich bemüht, die Betriebe möglichst „sozialisierungsreif" zu machen. Sind die Lohnansprüche der Werkleute so abenteuerlich hoch, daß sie dem Unternehmer keinen Gewinn mehr übrig lassen, sondern ihn zwingen, das Kapital anzugreifen, dann wird er — meinen manche Enteigner — geneigt sein, Fabrik und Grube dem Staat sehr billig oder ganz umsonst zu überlassen. Und dann sollt ja der ... scheidende Schritt leicht.

So kindlichen volkswirtschaftlichen Gedanken begegnet man neuerdings vielfach und in vielerlei Form. Es ist deshalb ... am Platze, sich nüchtern mit ihnen auseinanderzusetzen. Läßt man sie nämlich unwidersprochen ihres Weges ziehen, so verwirren sie Millionen leicht gebildeter Köpfe und reißen mit dem Einzelnen das ganze Volk ins Verderben.

Sozialisierung ist unter Umständen möglich, wenn die Wirtschaft eines Landes in prangender Blüte und Ueppigkeit steht. Es kommt dann nicht so sehr darauf an, Kapital zu wahren und zu sparen; der Arbeitsertrag kann also rein ausgegeben, verteilt werden, die gute Konjunktur, die glänzenden Profite helfen über die Gefährlichkeit des Experimentes hinweg. Nehmen wir an, Deutschland sei eine Insel, gewaltig reich, unerschöpflich an Rohstoffen, unabhängig von allen Ländern hinsichtlich seiner Lebensmittelversorgung, sodaß es keines Handels mit dem Auslande bedürfte. Dann könnte es vielleicht, ohne sofort schweren Schaden an seiner Wirtschaft zu nehmen, sämtliche Betriebe verstaatlichen und alle damit verbundenen, besonderen Unkosten und Gewinnverluste tragen. Unkosten sind mit sozialisierten Werken immer verknüpft, denn die Arbeiter verlangen natürlich höhere Löhne, der Staat höhere Abgaben; die Aufsicht ist nachlässiger, und der nie ruhende Geist des Privatbesitzes, der unablässig nach Betriebsverbesserungen, Ausbreitung der Kundschaft usw. strebt, wird durch eine schwerfällige, in jeder Entscheidung gehemmte Beamtenleitung nur unvollkommen ersetzt.

Ganz anders liegt die Sache aber jetzt. Das wirkliche Deutschland ist weder eine Insel, noch ist es reich. Man muß sogar im Gegenteil sagen, es ist bitterarm. Wenn ihm das Ausland kein Brot und Fleisch sendet, muß seine Bevölkerung Hunger leiden; wenn es vom Auslande keine Rohstoffe erhält, muß seine Industrie still stehen. Nahrungsmittel und Rohstoffe aber können wir nur gegen Ware, also gegen unsere Arbeit eintauschen. Notwendig muß dabei die Kirche im Dorf bleiben, müssen wir die Löhne, die unsere Arbeiter beziehen, so regeln, daß sie zwar dabei ihr Auskommen haben, daß jedoch die hergestellte Ware nicht unerschwinglich verteuert, also auf dem Weltmarkte wettbewerbsfähig gemacht wird. Ueberzeugen die deutschen Arbeitslöhne die des Auslandes wesentlich und kommen, wie in unserem gegenwärtigen Falle, noch viele andere Absatz-Hindernisse und -Hemmungen hinzu, so bleiben wir mit unseren Erzeugnissen sitzen. Solange nicht alle anderen Länder dieselbe kostspielige und schwerfällige Sozialisierungspolitik treiben, wie wir sie planen, sondern an der Privatwirtschaft festhalten, solange verdammen wir uns selbst zum Hungertode dadurch. Deutschland ist keine Insel. Deutschland, das nach dem Kriege einer furchtbar gerüsteten industriellen Konkurrenz gegenübersteht und im Stande sein muß, den Kampf mit ihr aufzunehmen, Deutschland hat außerdem die Aufgabe, sein durch den Krieg zerstörtes und verzehrtes Kapital wieder herbeizuschaffen, zusammenzusparen. „Es gibt in Deutschland gegenwärtig nichts zu sozialisieren", sagte der sozialdemokratische Ministerpräsident von Bayern, Eisner, und sein Parteigenosse Lensch nannte den „Sozialismus eine Ausbeutungsmaschine im Dienst einer ausländischen Herren- und Eroberer-Klasse". In der Tat, durch die Verstaatlichung unserer wichtigen Betriebe geben wir den Feinden nur Pfänder in die Hand, an die sie sich halten können, und befreien gleichzeitig ihre Industrie von dem deutschen Wettbewerb, da die Sozialisierung uns leistungsunfähiger macht. So schlagen wir, im Dienste Englands, durch die Verstaatlichung zwei Fliegen mit einer Klappe. Wahrhaftig, einen größeren Gefallen könnten wir John Bull nicht tun!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190130-10/fragment/page=0001

450 000 Tonnen deutschen Schiffsraumes der Entente zur Verfügung gestellt.

Auf ein Telegramm der Düsseldorfer Vertreterversammlung des Arbeitgeberverbandes für den Bezirk der Nordwest-Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller antwortete Staatssekretär Erzberger:

„Einfuhr von Lebensmitteln erfolgt, sobald deutsche Handelsschiffe einlaufen. 450 000 Tonnen deutscher Handelsschiffsraum sind vorläufig der Entente zur Verfügung gestellt worden. Bin mit Ihnen einig, daß so bald wie möglich Verhandlungen mit der deutschen Industrie geführt werden, um mehr Lebensmittel zu erhalten. Dazu ist aber Arbeit nötig, da man sonst Deutschland keinen Kredit gewährt. Die deutschen Guthaben im Auslande sind erschöpft. Bitte den Arbeitern zu sagen, daß Brot und Fett in reichlichen Mengen vorhanden sind und daß sie zur Verfügung stehen, sobald sie bei der Arbeit."

Es werden also 450 000 Tonnen deutschen Schiffsraumes unseren Gegnern zur Verfügung gestellt, nicht etwa um unter deutscher Flagge und mit ihrer bisherigen deutschen Besatzung die von Amerika in Aussicht gestellten Lebensmittel — 70 000 Tonnen Speisefett, 50 000 Tonnen Weizen, kondensierte Milch, Hafermehl und Fleischpräparate — nach Deutschland zu schaffen, sondern um mit feindlicher Besatzung und unter feindlicher Flagge zu fahren. Daß das eine Schmach und eine Schande für die gesamte deutsche Handelsschiffahrt ist, und daß dadurch Zehntausende von deutschen Seeleuten brotlos gemacht und auf die Straße gesetzt werden, hat kürzlich Generaldirektor Heinecken vom Norddeutschen Lloyd erklärt. Er hat auch auf eine etwas unvorsichtige Aeußerung eines italienischen Ministers aufmerksam gemacht, daß die deutsche Handelsflotte nach einem gewissen Verhältnis unter die Verbündeten verteilt werden müsse. Jedenfalls werden wir, wenn überhaupt, diese 450 000 Tonnen deutschen Schiffsraumes erst nach langer Zeit wiedersehen, und die auf ihnen beschäftigt gewesenen Seeleute und Offiziere mögen so lange betteln gehen. Hat der Norddeutsche Lloyd doch dieser Tage schon einen großen Teil seiner Angestellten entlassen müssen.

Auf einen

Protest aus Bremen

hat die Reichsregierung geantwortet, ohne daß deutscher Schiffsraum zur Verfügung gestellt würde, hätten wir die so dringend benötigten Nahrungsmittel von der Entente nicht bekommen. Das mag richtig sein, läßt aber immer noch die Frage offen, ob die deutschen Dampfer unter so demütigenden und unser Ansehen im Auslande gänzlich zerstörenden Bedingungen geliefert werden mußten. Daß wir diese Nahrungsmittel unbedingt brauchen, und daß wir, wenn wir sie nicht bekommen, schon Ende März unsere Lebensmittelrationen allgemein erheblich herabsetzen müssen — also noch weniger als jetzt verteilen können — ist eben erst im großen Berliner Arbeiterrat gesagt worden.

Wie bezahlen?

Bleibt also noch die Frage, womit wir die 12 Millionen Dollar für diese Lebensmittel an Amerika bezahlen wollen. Müssen wir sie bar bezahlen — unsere Mark gilt jetzt noch nicht einmal mehr 45 Pfennig — so müßten wir statt 12 Millionen Dollar deren 25 erlegen, das wären rund 100 Millionen Mark. Nimmt dagegen Amerika für diese Lieferungen etwa deutsches Kali oder deutsche Kohle für seine in europäischen Häfen liegenden Schiffe, so kommen wir erheblich besser weg. Dann aber müssen wir die Mahnung Erzbergers befolgen und nach dem täglich eindringlicher erschallenden Rufe handeln: wir müssen arbeiten. Denn die Kohle ist hauptsächlich ein Produkt deutscher Arbeit. Deutscher kann unserem Volke die bittere Wahrheit gar nicht vor Augen geführt werden: ohne Arbeit keine Kohle, ohne Kohle keine Lebensmittel. Mit unserem deutschen Papiergeld, einer Anweisung auf die Kreditfähigkeit unseres Staates können wir im Auslande nichts anfangen.

Kohlenstreik und Getreideerzeugung.

Der Arbeiterrat der Reichsdruckerei veröffentlicht im „Vorwärts" einen Aufruf an die Bergarbeiter, in dem es heißt: Bergarbeiter! Genossen! Schafft Kohlen! Die durch Kohlenmangel hervorgerufene Gassperre verhindert die Herstellung des Gasbes in der Reichsdruckerei. Wenn die Gassperre längere Zeit besteht, können die Löhne für Arbeiter, die Unterstützungen für Arbeitslose nicht mehr gezahlt werden! Also: Schafft Kohlen!

Der englische Entwurf zu einem Völkerbund.

Die Londoner Blätter veröffentlichen die Umrisse des britischen Entwurfes für den Völkerbund. Seine Wirksamkeit soll sich auf auf folgende Aufgaben ausdehnen: Unterstützung von neuen Staaten, Ueberwachung des Handels mit Waffen und Munition, Aufrechterhaltung der Freiheit der Verkehrswege sowie regelmäßige Handelsbeziehungen, Bearbeitung wirtschaftlicher, gesundheitlicher und anderer gemeinsamer Fragen und die Errichtung einer gemeinsamen Organisation für die Behandlung der internationalen Arbeiterfragen. Der Entwurf sieht für die allgemeine Konferenz aller Delegierten einen kleineren ausführenden Rat und ein dauerndes Sekretariat vor. Deutschland soll fürs erste ausgeschlossen werden, aber nicht unnötig lange. Für die Regelung gerichtlicher Streitfälle muß ein Schiedsgerichtshof errichtet werden bis zur Schaffung eines dauernden Gerichtshofes für internationale Entscheidung gerichtlicher Streitfälle. Für nicht gerichtliche Streitfälle muß der Rat oder die Konferenz zuständig sein.

Für Oeffentlichkeit der Verträge und Aufhebung gewisser Verträge, die den Grundsätzen des Völkerbundes zuwiderlaufen, wird Vorsorge getroffen werden müssen.

Hinsichtlich der Abrüstung ist man der Auffassung, daß die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht nicht genügt. Man denke an die Aufstellung des Grundsatzes, daß kein Staat das Recht hat, bewaffnete Kräfte von einer Stärke zu halten, die auf Angriffsabsichten schließen läßt.

Wiedereinsetzung des Haager Schiedsgerichtshofes?

Das Organ Clemenceaus, „Homme libre", stellt mit Genugtuung fest, daß die Meinungsverschiedenheiten, die auf der Friedenskonferenz zutage traten, keineswegs die herzliche Einmütigkeit aller Großmächte über die Notwendigkeit der Gründung einer internationalen Organisation zum Schutze des Friedens beeinflußt habe. Wilson fand allgemein Beifall, als er betonte, daß es Pflicht sei, den Völkern Genugtuung zu geben und nicht den Regierenden. Auch Lloyd George rühmte seine Zuhörerschaft durch seine Schilderungen über die verwüsteten Gebiete. Der Vorschlag, den Haager Schiedsgerichtshof erneut ins Leben zu rufen und ihn mit allen Mitteln von Aktion und Sanktion auszustatten, deren er bisher entbehrt habe, fand gleichfalls ungeteilten Beifall.

Wilson gegen den Ersatz der Kriegskosten.

Die „B. Z." meldet aus Genf: Bei den Erörterungen über die Frage der Kriegsentschädigung blieb Wilson fest auf seinem Standpunkt stehen, daß man auf keinen Fall den Ersatz der gesamten Kriegskosten von Deutschland erwarten dürfe, sondern nur einen Ersatz für die tatsächlich erlittenen Verluste. Unter diesen Titel fallen weder die für die Heere aufgewendeten Kosten noch die für die Munition und ähnliches.

Die Frage der deutschen Südsee-Kolonien.

Havas meldet amtlich: Präsident Wilson, die Ministerpräsidenten und die Minister waren mit den Vertretern Japans versammelt. Sie prüften das Vorgehen und das Studienprogramm der neuen Kommissionen für die ökonomischen, finanziellen, maritimen und privatrechtlichen Fragen. Am Nachmittage setzte sich der Meinungsaustausch über die Frage der früheren deutschen Kolonien im Stillen Ozean und im fernen Osten fort. Die Vertreter der Dominions und der chinesische Minister wurden gehört. Der Rat versammelte sich Dienstag morgen wiederum.

Der amerikanische Kongreß gegen die Unterstützung Deutschlands.

Aus Washington wird gemeldet, daß bei der Bewilligung des 100 Millionenkredits vom Senat zur Bedingung gemacht wurde, daß das Geld zur Unterstützung außerhalb der Mittelmächte verwendet werde. Das Repräsentantenhaus bestimmte, daß das Geld nur für Hilfe außerhalb Deutschlands verwendet werde.

Noch keine Baumwolle für die „feindlichen Länder".

In seiner Antwort auf das Gesuchen der Baumwolle pflanzenden Staaten, daß alle Ausfuhrbehinderungen für Baumwolle nach nichtfeindlichen Ländern aufgehoben und auch Verschiffungen nach Deutschland und Oesterreich so rasch wie möglich gestattet würden, lehnte Wilson, daß Baumwolle jetzt nach allen Ländern in Mengen, die ihrem Bedarf entsprechen, ausgeführt werden könne. Die Ausfuhr nach den feindlichen Ländern werfe wichtige politische Fragen auf, die von den alliierten Regierungen sorgfältig erwogen würden.

Eine deutsche Antwort auf die französischen Uebergriffe in Elsaß

Bei der ersten Verlängerung des Waffenstillstandsvertrages hatte sich Deutschland im Abkommen von Trier vom 13. Dezember verpflichtet, in genaue Erörterung darüber einzutreten, auf welche Weise die Güter von Angehörigen der Alliierten zurückgegeben werden könnten. Nunmehr hat die Leitung der Waffenstillstandskommission der Alliierten in Spaa Deutschland aufgefordert, Delegierte dorthin zu senden, um in Beratungen über diese Frage einzutreten. Das Auswärtige Amt hat aber abgelehnt, dies zu tun, solange die Franzosen in Elsaß-Lothringen deutsches Privatvermögen zu Sequestration bringen; weil dieses Vorgehen einen Bruch des Artikels 6 des Waffenstillstandsvertrages bedeutet, nach dem das Privateigentum in Elsaß-Lothringen unverletzlich ist.

Das deutsche Volk wird dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dank wissen, daß er es wagt, auf Uebergriffe der Entente mit Repressalien zu antworten.

Ein badischer Protest.

In einer Volksversammlung der Kehler Bürgerschaft wurde feierlich Protest gegen die neuerliche Besetzung badischer Landesteile durch die Franzosen erhoben. Diese üben seit einigen Tagen schärfste Kontrolle auch in der neutralen Zone in Baden aus. In Karlsruhe und Mannheim sieht man vielfach bewaffnete Franzosen auf den Straßen, die die Passanten, Militärpersonen und auch Zivilisten, anholzen und sich die Ausweise zeigen lassen. — In dem Amtsbezirk Kehl brachen die schwarzen Pocken aus. Ein in der Gemeinde Bodersweier wohnender Landwirt wurde bei einer Pferdeverleigerung durch Pferdedecken infiziert. Seine ganze Familie aus drei Köpfen starb bereits an den Pocken. Weitere Erkrankungsfälle werden gemeldet.

Das schreibt kein Gesetz . . .

Die Pariser Ausgabe des „Daily Mail" bringt eine Unterredung mit George Wickersham, früheren Generalstaatsanwalt Amerikas und Mitglied in Tafts Kabinett, über die Schuld des Kaisers. Er erklärte, juristisch sehe er keine Möglichkeit, den Kaiser zu verurteilen. Man könne vielleicht seine moralische Schuld feststellen, aber eine Verurteilung durch einen irgendwie gearteten Gerichtshof würde rein politischer, nicht rechtlicher Natur sein, und sei auf Grund des bestehenden Völkerrechts nicht möglich.

Eine Gesinnungsroheit

leistete sich der „Vorwärts" laut „Berl. Lok.-Anz.", indem er zu dem Kaisergeburtstagsartikel des „Lokal-Anzeigers" folgendes schrieb: „Der Exkaiser wohnt in einem Schloß, ißt und trinkt gut, und der ihm drohende Kriegsschuldprozeß wird ihm auch nicht den Kopf kosten, dafür wird schon, wenn nicht das Solidaritätsgefühl der Monarchen, so doch der strafgesetzliche Grundsatz sorgen, daß Mangel an Zurechnungsfähigkeit Strafe ausschließt. Ginge es allen Deutschen nur halb so gut, wie dem „unglücklichen Mann in Amerongen", so wäre uns um vieles leichter." Der „Lok.-Anz." bemerkt dazu: „Diese Auslassungen strafen mit wundervoller Anschaulichkeit den Realismus der Weltanschauung, auf den die Sozialdemokratie so stolz ist. Lügen. Diese Leute, die, wie die zur Gewohnheit werdenden gewissenlosen Streiks beweisen, die ganze Revolution nur unternommen haben, um besser wohnen, essen und trinken zu können, werden niemals begreifen, daß das Glück eines Menschen nicht nur vom Essen und Trinken abhängt. Sie sollten aber wenigstens, wenn sie dieser Meinung sind, sich freimütig zu ihr zu bekennen und der Welt nicht in „frömmelnlich-heuchlerischen" Ergüssen, wie man sie zu Hunderten in ihren Organen lesen kann, vorlügen, daß die Sozialdemokratie irgendein anderes Ziel verfolge, als die möglichst gründliche Befriedigung der tierischen Bedürfnisse der Menschlichkeit!

Schwere Anklage gegen die Sozialisten der Entente.

Das Korrespondenz-Blatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands widmet dem Zusammenstoß der Sozialistenkonferenz in Bern einen Artikel, aus dem hervorgeht, daß in Deutschland die sozialen Errungenschaften der Revolution nur dann erhalten werden können, wenn die Konkurrenzländer der deutschen Industrie sich zu den gleichen Einrichtungen verstehen. Die Generalkommission erklärt, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung" schreibt, eine schwere Anklage gegen die Sozialisten der Entente. Letztere habe in den besetzten Ländern Deutschlands nichts Eiligeres zu tun, als die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, Löhne zu reduzieren, Arbeitszeit zu verlängern. Auf der Friedenskonferenz wird Deutschland, wie es in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" weiter heißt, mit dem wohldurchdachten Programm für die internationale Sozialpolitik herantreten.

Der Soldatenrat des Feldheeres bei der Obersten Heeresleitung

legt, da das alte Feldheer demobil ist und die noch im Osten stehenden Teile einen selbständigen Zentralrat haben, die Geschäfte nieder. In einer Kundgebung bittet er, vor allem die Grundgesinnung festzuhalten, in der die Mehrzahl der (gegebenenfalls ohne Entgelt ehrenamtlich tätig gewesenen) Feldsoldatenräte gearbeitet habe: Achtung vor jeder aufrichtigen Gesinnung, auch wenn sie von der eigenen abweicht, und unbedingte Ablehnung der Vergewaltigung der Gesamtheit durch eine Minderheit. Von der Nationalversammlung sagt die Kundgebung, sie habe ihr Recht verwirkt, wenn sie die als Volksbeschluß zu betrachtende Sozialisierung des Wirtschaftslebens, soweit sie sich ohne Produktionsgefährdung als möglich erweist, nicht ehrlich wollte.

Die Kundgebung schließt: „Kameraden! Die jetzt verbreitete Zuchtlosigkeit macht jeden Soldatenrat sinnlos. Sie ist der Todfeind der Volksfreiheit und des Fortschritts, ein gefährlicherer Feind als irgend etwas sonst in der Welt. Rücksichtslose Wahrheit und das Bekenntnis zu innerlich gegründeter Gerechtigkeit, zu echter menschlicher Gleichberechtigung aller sind jetzt unsere Stütze gegen alles, was uns bedroht."

Auch der deutsche Offiziersbund gegen die neue Verordnung.

Der deutsche Offiziersbund beschäftigte sich in einer Versammlung mit der Neuregelung der Kommandogewalt. Es wurde nach stürmischer Debatte eine einmütige Protestkundgebung beschlossen. Es wurde darauf hingewiesen, daß diese Verordnung das Ende eines Offizierkorps bedeute um das uns die Welt beneidet habe. Auf eine Frage: Sollen wir streiken? ertönten viele bejahende Zurufe. Oberstabsarzt Dr. Hochheimer erklärte die Sanitätsoffiziere solidarisch mit dem Offizierkorps. Kriegsminister Oberst Reinhardt erklärte keine volle Verantwortung für den Erlaß. Im jetzigen Augenblick der Not dürfe der deutsche Offizier seine Mitarbeit nicht versagen. Schließlich wurde eine Entschließung angenommen, in der schärfster Protest gegen die Neuordnung erhoben und die Abänderung derselben verlangt wurde.

Lügen über das Gefangenenlager in Torgau

sind von den Franzosen verbreitet worden. Ein dort befindlicher französischer Major Dulles hatte dem Kommandeur des Lagers Oberst v. Brixen Unmenschlichkeiten nachgesagt und behauptet, die französische Regierung werde ihn zur Rechen ziehen. Oberst v. Brixen, der früher auch Kommandant des Gefangenenlagers in Halle war, hatte daraufhin ein Untersuchungsverfahren gegen sich beantragt. Die Untersuchung ergab die vollkommene Richtigkeit der Beschuldigungen.

Die Lage in Wilhelmshaven

war auch Dienstag abend noch völlig ungeklärt. Es ist noch nicht zu übersehen, welche Partei die angreifende ist. In Wilhelmshaven kann die Zahl der Kommunisten etwa 2000 betragen. Auf der rechten Seite stehen die sogenannten Berufssoldaten, die Mehrheitssozialisten sein dürften, in der Mitte Präsident Kuhn als Unabhängiger, hinter ihm die aktiven Marinesoldaten und Werftangehörigen. Ferner wird berichtet, daß von den Spartakisten zuerst 40 000 Mark, später eine Million Mark von der Reichsbank abgeholen worden seien. Die Berufssoldaten hatten die Herausgabe des Geldes verlangt und aus diesem Anlaß soll es zu den Kämpfen gekommen sein. Der Eisenbahnverkehr geht immer nur noch bis Jaderberg. Die Eisenbahner, die streiken, um dem Aufstand entgegenzutreten, stehen vor einem neuen Streik, da sie eine erhebliche Lohnerhöhung verlangen.

Russische Bolschewisten in Berlin.

In der Sitzung der Soldatenräte Groß-Berlins am 27. d. Mts. überbrachte eine Abordnung des Petersburger Arbeiterrates ein großes rotes Banner, das während der Sitzung auf der Tribüne gegenüber dem Präsidentenstuhl angebracht wurde. Die Inschrift des Banners lautete: „Dem Berliner Arbeiter- und Soldatenrat der Arbeiter- und Soldatenrat der Petersburger Kommune."

Niederlage der Spartakisten.

Nach heftigem Artilleriefeuer in Wilhelmshaven sind die Spartakisten unterlegen. Präsident Kuhn und der 21er Rat drahteten an die Reichsregierung, daß sie mit den Vorgängen in Wilhelmshaven nichts zu tun hätten.

Schützt Deutschland!

Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik und der Oberbefehlshaber der Regierungstruppen in Berlin, Noske, haben einen Aufruf an alle deutschen Männer erlassen, in dem auf die der Heimat vom Osten drohenden Gefahr hingewiesen wird. Besonders Bezug genommen wird auf die Gefahr des russischen Bolschewismus. Der Aufruf schließt:

„Wehe Euch, wenn es der terroristischen Minderheit gelingt, die Macht an sich zu reißen! Statt der verheißenen Freiheit wird, wie in Rußland, Hunger, Knechtschaft, Erwerbs- und Rechtslosigkeit das Los unseres Volkes ein. Wehe Euch, wenn die Heere fremder Völker über die östlichen Grenzen hereinbrechen! Euch allen, die ihr vier Jahre lang die deutsche Heimat beschützt gesichert habt, gilt in erster Linie dieser Mahnruf. Helft auch jetzt mit, die bitterste Not abwenden! Meldet Euch bei den Freiwilligenverbänden, die die Regierung zum Schutze der Grenzen und zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung im Innern aufgestellt hat. Kommt nach Berlin zur Garde-Kavallerie-Schützen-Division. Meldet Euch bei den von den Generalkommandos in der Provinz aufgestellten Freiwilligen-Verbänden und bei den Bezirkskommandos. Die Pflicht aller Behörden und Privatunternehmer ist es, die Werbung mit allen Mitteln zu unterstützen. Sie müssen im Interesse der großen Sache dafür sorgen, daß die sich freiwillig Meldenden keinen Schaden für ihre dienstliche, geschäftliche und wissenschaftliche Zukunft erleiden."

Die Stärke der Bolschewiki.

Die bolschewistische Armee, die unsere Ostmark bedroht, steht in der Linie Libau — Dubeissa. Die Stärke der Armee wird von den einzelnen A.- und S.-Räten unserer Ostmark leider unterschätzt. Unserer 8. Armee gegenüber befindet sich eine bolschewistische Truppe von weiteren Divisionen. Unsere 18. Armee hat eine

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190130-10/fragment/page=0002

30 000 Bolschewiki aus sich. Die Deutschen haben Kowno aufgegeben und der Einzug der Bolschewiken, die schon bis Schatt Roshedary, 20 Meilen östlich davon, besetzt haben, wird stündlich erwartet. Ukrainische rote Garbisten haben sich bereits in Kowno gebildet. Der von den Deutschen gebildete litauische Nationalrat wird nach Tilsit abgehen.

Bolschewistenerfolg an der Nordfront.

Aus London wird gemeldet: Die Bolschewisten setzten ihren Druck gegen die Front von Schenkursk (Gouvernement Archangelsk) fort. Am 22. und 23. Januar gingen sie, nachdem sie die Stellungen der Truppen der Alliierten für drei Tage bezogen hatten, mit beträchtlichen Streitkräften zum Angriff vor. Unsere Streitkräfte, die hauptsächlich aus amerikanischen, alliierten und russischen Truppen bestehen, wurden nach hartem Kampfe aus ihren Stellungen zurückgenommen. Die Stadt und die Verteidigungswerke wurden erfolgreich geräumt. Es wurde eine kürzere Linie eingenommen.

Die Rigaer deutsche Gesandtschaft in Sicherheit.

Die in Riga zurückgebliebenen Mitglieder der deutschen Gesandtschaft erreichten jetzt die deutsche Grenze. In Riga waren die Zurückgekehrten den schlimmsten Anfeindungen, Bedrohungen und häufiger Verhaftung ausgesetzt, größtenteils auf Betreiben der aus Petersburg herangezogenen deutschen bolschewistischen Deserteure.

Wendischer Größenwahn.

Die Wenden haben als ihre Vertreter zur Friedenskonferenz den konservativen früheren Landtagsabgeordneten Barth und das Mitglied des wendischen Nationalausschusses Brzi abgeordnet. Die Wenden betrachten ihren Staat bereits als proklamiert und erwarten von der Entente nur noch die Bestätigung ihrer Neugründung.

Die Polen schießen auf Entente-Offiziere.

Das Tschecho-slowakische Pressebureau meldet: Am Sonnabend schossen die Polen auf Ententeoffiziere. Die Offiziere wurden nicht getroffen, dagegen ein Chauffeur getötet und zwei schwer verwundet.

Vor wichtigen Entscheidungen Deutsch-Oesterreichs.

Wie dem Vertreter des „Mittag" in Wien von hervorragender Seite mitgeteilt wird, dürfte die Frage des künftigen Schicksals Deutsch-Oesterreichs in nächster Zeit in ein entscheidendes Stadium getreten. Man sei an maßgebender Stelle nicht der Ansicht, daß die diesbezügliche Entscheidung von der Entente abhänge, da die Alliierten durch die Verkündung des Selbstbestimmungsrechtes sich jedes Einflusses in dieser Richtung allgemein begeben hätten. Die deutsch-österreichische Regierung habe deshalb in den letzten Tagen wichtige Verhandlungen gehabt, wobei sie sich in erster Reihe an Berlin gewandt habe. Es werde vorsichtlich bin nen kurzem eine bedeutsame Kundmachung erfolgen. Keinesfalls gedenke man bis zur Beendigung des Friedenskongresses zu warten. Der Anschluß an Deutschland könne als unwiderruflich gelten, wenn auch die Form nicht vollkommen festgelegt sei. An eine Reaktion in Deutsch-Oesterreich glaube man nicht mehr, zumal anerkannt werden müsse, daß sich die Hauptträger des früheren Regimes vollkommen zurückgezogen haben und nicht nur im Sinne einer Wiederherstellung des früheren Zustandes, sondern im Gegenteil selbst gegen solche Bestrebungen aufträten.

Deutsches Geld für Belgien.

Wie das „Büro Europa Expreß" aus Brüssel meldet, ist dort ein von Deutschland abgesandter Sonderzug mit 749 Millionen Frank, die für die Nationalbank bestimmt sind, und 55 Werkpakete für die Regierung enthält, angekommen.

Riesenstreik in Siebenbürgen.

Aus Budapest wird gemeldet: 32 000 siebenbürgische Bergarbeiter, sämtliche Staatsbeamten Siebenbürgens sowie alle Beamten, Angestellten und Arbeiter der Eisenbahn, des Post- und Telegraphenwesens haben die Arbeit eingestellt, die sie solange nicht wieder aufnehmen wollen, bis die Grausamkeiten der Rumänen in Siebenbürgen aufhören, Stefan Apathy auf freien Fuß gesetzt, die Prügelstrafe aufgehoben, die persönliche Freiheit und das Privateigentum gesichert und das freie Reisen gestattet wird.

Generalstreik in England?

Aus dem Haag wird gemeldet: Hier sind Privatmeldungen eingetroffen, die den Ausbruch des Generalstreiks in England mitteilen. Es ist bisher nicht möglich, festzustellen, ob die Nachricht wahr ist. Sie beweist jedenfalls, welchen Umfang die soziale Spannung in England erreicht hat. Die Zahl der Streikenden in Belfast wird auf ungefähr 50—100 000 Mann geschätzt. Die teilweise Versorgung der Krankenhäuser mit Elektrizität, die zuerst mit Genehmigung des Streikausschusses Kattland, wurde gestern früh eingestellt. Man befürchtet auch die Stillegung des Telephon- und Telegraphenwerkes. Ein Ausstand, der mit den Streikenden verhandeln soll, wurde gebildet. Auch die Totengräber in Belfast sind in einen Sympathiestreik eingetreten.

Das Zentrum gegen Auflösung der Gemeinde-Kollegien.

Köln, 28. Januar. Der Vorstand der kommunalpolitischen Vereinigung der Zentrumsfraktion Rheinlands und Westfalens hat an die preußische Regierung ein Telegramm gerichtet, in welchem es u. a. heißt: „Im Namen der kommunalpolitischen Vereinigung, der die großen rheinisch-westfälischen kommunalen Zentrumsfraktionen angehören, erhebt der Vorstand gegen die ungesetzliche Verordnung betreffend Auflösung und Neuwahl der Gemeindekollegien, überstürzte Umbildung derselben, zu erwartende Ausschließung zahlreicher Gemeindevertreter, wodurch vielerorts die Fortführung einer geordneten Verwaltung äußerst gefährdet wird, Protest. Die Vereinigung steht auf dem Boden des gleichen Gemeindewahlrechts, freien Wahlrechts, Verhältniswahl und Wahlpflicht, hält aber die Verschiebung der Gemeindewahlen bis nach gesetzmäßiger Neueinteilung der Gemeindeverfassung und abschnittweiser Erneuerung der Gemeindekollegien für geboten."

Aus Stadt und Umgebung

Was gibt es an Lebensmitteln?

Fleischverkauf auf der Freibank

findet laut amtlicher Bekanntmachung in heutiger Nummer am 30. Januar statt.

Roßfleisch- und Fleischaren-Verkauf

findet am 30. Januar bei Hoffmann und Rannsdorf statt.

Ausgabe der Leuchtmittel für Februar.

Eine diesbezügliche Bekanntmachung des Magistrats findet sich in heutiger Nummer.

Jugendkompagnie 361 Merseburg.

Wir verweisen auf die Bekanntmachung des Kommandos in heutiger Nummer.

Ziegenzuchtverein Merseburg.

Mitglieder, die eine Grasparzelle pachten wollen, müssen dies bis spätestens 10. Februar dem Geschäftsführer des Vereins mitteilen.

Höchstpreise für Eisen, Stahl und Walzeisenfinter.

Wir verweisen auf die Bekanntmachung der Kriegsrohstoffabteilung in heutiger Nummer.

Der Verein für Feuerbestattung

hält am 1. Februar abends 7 Uhr im „Alten Dessauer" seine Hauptversammlung ab.

Freigabe des Handels mit Dörrobst.

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat sich zur Freigabe des Handels mit Dörrobst in der Hoffnung entschlossen, daß es dem reellen Handel am besten selbst gelingen wird, den in der letzten Zeit besonders bemerkbar gewordenen unlauteren Schleichhandel mit dieser Ware zu überwinden. Auch von Höchstpreisfestsetzungen für Dörrobst glaubt die Reichsstelle Abstand nehmen zu können. Sie weist aber darauf hin, daß die Vorschriften der Bundesratsverordnung vom 8. Mai 1918 gegen Preistreiberei noch in Geltung und zur Bekämpfung wucherischer Preise für Dörrobst ausreichend sind.

Abschlußprüfung für Kindergärtnerinnen.

Wie wir erfahren, hat das Kindergärtnerinnenseminar des Cäcilienstiftes in Halberstadt die Erlaubnis erhalten, daß auf seine Abschlußprüfungen die Bestimmungen vom 16. August 1911 betr. die Prüfungen von Kindergärtnerinnen an den Lyzeen anzuwenden sind. Damit ist jedem jungen Mädchen, das in diese Arbeit eintritt, die Gelegenheit gegeben, ein staatliches Zeugnis zu erwerben und damit eine gute Empfehlung zu einer befriedigenden Lebensstellung. Auch die Arbeit im Cäcilienstift selbst erfordert neue Kräfte und willige Helferinnen. Gegenwärtig stehen 183 Schwestern in 164 Kinderpflegen und betreuen 13 382 Kinder. Diese Kräfte reichen schon längst nicht mehr aus. Tüchtige, gesunde, christliche Jungfrauen finden hier Gelegenheit zu befriedigender und segensreicher Tätigkeit.

Aus Kreis und Nachbarkreisen

Festnahme von Einbrechern.

Dölnitz, 28. Januar. Hier waren Nachts Diebe nach dem Durchgang einer Eisenschiene in die Feldscheune eines Besitzers gedrungen und bereits bei der Arbeit, dort lagerndes Getreide auszudreschen. Hierbei wurden sie durch den Bezirkswachtmeister Kindner überrascht, dem es gelang, die Einbrecher festzunehmen und in ihnen zwei Einwohner aus einem Nachbarorte festzustellen. Eine ziemliche Menge bereits ausgedroschenes Getreide, Säcke und Diebeshandwerkszeug wurden den Tätern abgenommen.

Drohung mit dem Generalstreik.

Halle, 29. Januar. Im Großen Arbeiterrat wurde darauf hingewiesen, daß von dem jetzt entbehrlichen Militär ein Teil auch nach Halle und Umgegend gelegt werden soll, um gegen spartakistische Bestrebungen Verwendung zu finden. Einen telegraphischen Protest des A.-R. gegen die Verlegung der regierungstreuen Truppen nach Halle hat die Regierung in Berlin gar nicht beantwortet; es soll erneut protestiert und wenn der Protest wieder erfolglos bleibe, der Generalstreik proklamiert werden. Bisher habe der A.-R. für Ruhe und Ordnung gesorgt, unter den Umständen könne er aber für die Folge dann keine Garantie mehr übernehmen.

Lohnbewegung im Gastwirtsgewerbe.

Halle, 28. Januar. Auch hier ist unter den Gasthofsangestellten eine Lohnbewegung ausgebrochen. Die gastwirtschaftlichen Angestellten haben den Vorschlag der Gastwirte als Uebergangstarif mit folgenden Aenderungen angenommen: Für Aushilfen 12 Prozent, Aushilfen für Restaurant pro Tag 10 Mk., für besondere Ansprüche in den einzelnen Geschäften müssen entsprechende Zuschläge gewährt werden. Die Arbeitgeber lehnten die Einführung fester Wochenlöhne und die Abschaffung des Trinkgeldes ab.

Terrorismus.

Schwoitsch, 28. Januar. Ein Demonstrationsumzug der Unabhängigen fand in den Ortschaften des Amtsbezirks Osmünde statt. Hier in Schwoitsch bog der Zug, mit Musik an der Spitze, in das Gehöft des Gutsbesitzers Henze ein. Dieser stand zufällig am Toreingang und suchte den Haufen aufzuhalten. Er wurde ohne weiteres mit einem Pflugreidel über den Kopf geschlagen und mehrfach stark verletzt, so daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

Aus Provinz und Reich

Stadtverordneten-Neuwahlen in Leipzig.

Leipzig, 27. Januar. Gestern fanden die Neuwahlen zur Stadtverordnetenversammlung statt. Die Majorisierung des Leipziger Stadtverordnetenkollegiums durch die Sozialdemokraten ist Tatsache geworden. In der so gebildeten sozialdemokratischen Mehrheit bilden die Unabhängigen den Hauptteil. Denn von den 40 Sitzen sind ihnen 34 sicher. Die Unabhängigen vereinigten 130 101, die Mehrheitssozialisten 22 876 Stimmen auf sich. Die alte Sozialdemokratie verfügt über 6 Sitze. Sie behauptet damit ihren Besitzstand. Diesen 40 sozialdemokratischen Sitzen stehen 32 Bürgerliche gegenüber. In Zukunft wird also die alte sozialdemokratische Richtung das Zünglein an der Wage bilden.

Auszeichnung.

Horburg, 28. Januar. Das Eiserne Kreuz 2. Klasse wurde verliehen dem Sanitäter Otto Donner, dem Unteroffizier O. Nothnagel und dem Kanonier K. Rothnagel von hier sowie dem Kanonier Oskar Brosig in Maßlau.

Kein Gas mehr!

Halberstadt, 29. Januar. Infolge der überaus mißlichen Lage der Kohlenversorgung gibt es hier seit gestern überhaupt kein Gas mehr.

Wieder freigelassen.

Jena, 28. Januar. Der von dem hiesigen Arbeiter- und Soldatenrat verhaftete Vorsitzende des hiesigen Bürgerrates Justizrat Dr. Loße ist, nachdem die berufenen Kreise der hiesigen Bürgerschaft gegen die Festnahme protestiert haben, wieder freigelassen worden. Dr. Loße stand in dem Verdacht des Hochverrats des revolutionären Rechtes und sollte nach Anordnung der provisorischen Regierung in Weimar dem öffentlichen Gericht in Jena überwiesen werden.

Geldschmuggler.

Berlin, 28. Januar. In Emmerich wurden Reisende angehalten, die deutsche Banknoten über die Grenze zu bringen suchten. Ueber eine Million fand man in ihren Kleidern eingenäht. Auch in Kreuzlingen an der Schweizer Grenze wurden drei Personen für 275 000 Mk. Papiergeld abgenommen. Eine Zentrale dieses Handels bildet nach den Ermittlungen der Kriminalpolizei Berlin und hier das alte Scheunenviertel. In der Grenadierstraße und Umgebung hausen galizische Händler, die als Spezialität den Aufkauf von deutschen Banknoten betreiben. Sie zahlen für den Tausendmarkschein 1200 Mk., für den Hundertmarkschein 120 Mk. Die Hintermänner der Aufkäufer sitzen im Ausland.

Gerichtszeitung

Halle, 27. Januar. Der Maurer und Hausfleischer Fritz Märker war des schweren Diebstahls in Tatsächlichkeit stehenden Rückfalle und des Mordes angeklagt. Er hatte einen Fluchtfuhrer, der ihn und seine Genossen auf einem Raubzuge traf und arretierte, erschossen. M. wurde vom Schwurgericht zu 11 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und zu 10jährigen Ehrverlust verurteilt.

Wettervoraussage

Donnerstag, 30. Januar. Zeitweise aufklärend, vorwiegend trocken, Frost

Letzte Depeschen

Ein Vermittelungsvorschlag in der Frage des Staatenhauses.

Berlin, 29. Januar. (Eig. Drahtb.) Wie wir hören, ist von den preußischen Vertretern in der Kommission der Reichskonferenz ein Vermittelungsvorschlag in der Frage des Staatenhauses vorgelegt worden. Dieser Antrag läßt dem Staatenhause grundsätzlich das Recht der Mitentschließung, bei einzubringenden Gesetzentwürfen, schränkt es aber zu einem nur bedingten Veto-recht ein. Im übrigen stehen die Einzelheiten des Antrages zur Debatte und es haben sich die preußischen Vertreter durchaus nicht auf irgendwelche Bestimmungen des Antrages festgelegt. Die Erörterungen des gesamten Verfassungsentwurfes sollen morgen fortgesetzt und definitive Bestimmungen festgelegt werden.

Abgelehnter Vergleich.

Berlin, 29. Januar. (Eig. Drahtb.) Vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts fanden heute Vergleichsverhandlungen zwischen den technischen Angestellten der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft und der Direktion statt. Die Gesellschaft lehnte jede Bewilligung der Forderungen der Angestellten ab und erklärte, daß morgen, spätestens übermorgen der gesamte Straßenbahnverkehr eingestellt würde, wenn die technische Personal seine Forderungen aufrecht erhalte. Die Direktion könne sich auf keinen Vergleich einlassen.

Blutiger Auftritt auf dem Bahnhof Groß-Lichterfelde-Ost.

Berlin, 29. Januar. (Eig. Drahtb.) Heute vormittag spielten sich auf dem Bahnhof Groß-Lichterfelde-Ost blutige Vorgänge ab. Dort versuchten einige frühere Angehörige, Mannschaften einer Kompagnie eines Freiwilligen-Regiments, das für den Grenzschutz Ost bestimmt war und nach Oberschlesien verladen werden sollte, zur Verweigerung ihrer Dienstpflicht zu bewegen und von der Fahrt nach Oberschlesien abzubringen. Es sollten erregte Auseinandersetzungen, in deren Verlauf der Vorsitzende der Ausweiger einen Revolver zog und einen Unteroffizier in den Kopf schoß. Derselbe wurde schwer verletzt. Der Bahnhof wurde abgesperrt und die Mannschaften bei Verstärkung verhört, worauf die Ausweiger in Verhandlungen eintreten mußten.

Die Beamten rühren sich.

Stettin, 29. Januar. In einer Riesenprotestkundgebung faßte die gesamte hiesige Beamtenschaft eine Entschließung, in der Einspruch erhoben wurde gegen die Vergewaltigung der Behörden durch den A.- und S.-Rat. Die Stettiner Beamtenschaft fordere, daß den verdächtigten Behörden, insbesondere dem Oberpräsidenten Michaelis, volle Genugtuung werde, andernfalls halte die gesamte Stettiner Beamtenschaft am Freitag ihre Tätigkeit ein. — Auch die Soldatenräte der aktiven Regimenter und Marineformationen protestierten öffentlich gegen die Sympathiekundgebungen und erzwungene Flaggenhissung anläßlich der Beisetzung Liebknechts, dessen Wirken den Brudermord heraufbeschworen habe. — Dem Oberpräsidenten wurde im Schloßhof eine gewaltige Huldigung dargebracht.

Englische Offiziere im oberschlesischen Industriegebiet.

Gleiwitz, 29. Januar. Eine Kommission englischer Offiziere traf in Beuthen ein zwecks Erforschung der Wirtschaftslage im oberschlesischen Industriegebiet.

Heimkehr der Ostiruppen.

Berlin, 29. Januar. Der Heimtransport der zur Heeresgruppe Kiew gehörenden Truppen macht gute Fortschritte. In Pinsk ist der letzte Truppentransport aus Richtung Gomel eingetroffen. Darauf wurde Pinsk am 26. Januar geräumt.

Das Schicksal unserer Kolonien.

Paris, 29. Januar. Havas meldet: Bezüglich der deutschen Kolonien hat die Konferenz eine Fassung vorgesehen, nach der die Verwaltung der ehemaligen deutschen Kolonien dem Völkerbund übertragen wird, der seine Befugnisse an die unmittelbar interessierten Nationen überträgt. Wenn dieser Gedanke sich durchsetzt, wird Frankreich Togo und zwei Drittel von Kamerun verwalten.

Hindenburg, Ehrenbürger Kassels.

Kassel, 29. Januar. Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung beschlossen, Generalfeldmarschall v. Hindenburg zum Ehrenbürger der Stadt Kassel zu ernennen, nachdem er fast zwei Monate lang in treuer und beispielloser Pflichterfüllung von hier aus die Demobilisation unseres Heeres geleitet hat.

Die Serben in Fiume.

Agram, 29. Januar. Serbische Bataillone zogen in Fiume ein, das von den Italienern geräumt wurde.

Italiens Forderungen.

Zürich, 29. Januar. (Eig. Drahtb.) Der römische Korrespondent der „Neuen Zür. Ztg." meldet: Die italienische Regierung wäre bei dem wirklichen Zustandekommen eines friedlichen Staatenbundes geneigt, ihre Ansprüche zu opfern. Jetzt sei indessen diese Frage noch keineswegs entschieden, da in den verbündeten Staaten der Imperialismus vorherrsche. Sollte dieses alte System der zwischenstaatlichen Willkür fortbestehen und Frankreich das Saarbecken sowie das Protektorat über die Rheinprovinz und die Pfalz, England Mesopotamien, Palästina und die deutschen Kolonien erhalten, so besteht es auf die Erfüllung der ihm im Londoner Vertrag zugesicherten Konzessionen und fordert unbedingt die strategische Grenze der Wasserscheide der Ostalpen und die hafenreiche Ostküste der Adria.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190130-10/fragment/page=0003

Freiwillige vor!

Kameraden! Deutschland ist in schwerer Gefahr! Während wir an dem Ausbau unserer inneren Freiheiten arbeiten, ist die Freiheit unserer Landsleute im Osten, aus dem täglich erschütternde Hilferufe an uns gelangen, von außen bedroht. Noch ein paar Tage ohne energische Abwehr und wir müssen befürchten, daß weitere Gebiete im Osten dem polnischen Imperialismus zum Opfer fallen, der unter Brechung von Gesetz und Landesfrieden die schwerste Stunde der jungen deutschen Republik mißbraucht. Die Meuterei und Volk protestieren gegen diese Verbrechen, vor Friedensschluß die Welt vor fertige Tatsachen zu stellen. Wir haben die Wilson-Punkte als Grundlage für den künftigen Frieden angenommen und werden sie gewissenhaft halten.

Kameraden! Proteste allein nützen nichts, sie ersetzen die Nahrungsmittel nicht, die uns gesperrt werden sie schaffen die Kohlen nicht, ohne die unser Wirtschaftsleben zugrunde gehen muß, sie bringen uns das Ansehen nicht zurück, das uns verloren geht. Sie helfen den Kameraden in den Ostsee-Provinzen zu keinem ungeführten Abzug. Wehren müssen wir uns. Meldet euch freiwillig zum Grenzschutz; bei jedem Bezirkskommando werden Meldungen entgegengenommen und euch die gültigen Bedingungen mitgeteilt, unter denen die Anwerbung von Freiwilligen erfolgt. Wir wollen euch in keinen neuen Krieg führen. Ihr sollt das Vordringen von Landesfeindschaften aufhalten. Ihr sollt das Ueberrumpeln wehrloser Städte und Dörfer verhindern. Ihr sollt es unmöglich machen, daß Fremde nach Deutschland wie in ein herrenloses Haus eindringen und sich festsetzen. Ihr sollt als republikanische Wehrmänner die Errungenschaften der Revolution sicherstellen und die im Innern geschaffenen Neueinrichtungen verteidigen. Noch jede Revolution, die französische wie die russische, hat unter der Fahne ihrer neuen Ideale freiwillige Armeen aus der Erde gestampft. Folgt dem Rufe der deutschen Revolution. Sie kann ohne eure Hilfe ihre Ziele nicht erreichen. Zeigt, daß die Revolution den Militarismus getötet hat, aber nicht die freiwillige Schutzbereitschaft ihrer freiwilligen Bürger. Die Republik ruft euch, sie sorgt für euch, aber sie braucht euch auch. Freiwillige vor!

Die Reichsregierung.

Ebert. Scheidemann. Landsberg. Noske. Wissel.

Ausführungsbestimmungen:

I. Freiwillige für die Gebiete des Befehlsbereichs Ost — außerhalb der Reichsgrenzen — und Grenzschutz Ost — innerhalb der Reichsgrenzen können sich bei

jedem Garnisonkommando oder Bezirkskommando

melden, die nähere Auskunft erteilen.

Unmittelbare schriftliche oder mündliche Meldungen beim Kriegsministerium, Oberkommando oder einer anderen Dienststelle sind zwecklos und werden nicht berücksichtigt.

II. Jeder Freiwillige hat seinen Entlassungsanzug mitzubringen. Soweit er noch feldbrauchbar, kann er vom Staat gegen den Abschätzungswert abgekauft werden. Ein entsprechender Vermerk in den Militärpaß ist aufzunehmen.

III. Bedingungen:

1. In Betracht kommen nur feldtauglichkeitsfähige, moralisch einwandfreie Persönlichkeiten, die mit der Waffe ausgebildet sind. Sie müssen mindestens ½ Jahr Frontdienst getan haben. Hierunter ist zu verstehen:
   a) Infanterie und Artillerie: Verwendung im Bataillons- oder Batterieverbande.
   b) Kavallerie: Verwendung im Kav.-Schützenregiment oder als Div.-Kav.
   c) Pioniere: Verwendung im Kompagnie-Verbande.
   d) Nachrichten-, Eisenbahn-, Fliegertrup. und Kraftfahrer: Verwendung bei Feldformationen im Operations- oder Etappengebiet.
   e) Trainformationen: Verwendung bei Feld- oder Etappen-Formationen.

   Auch Matrosen, die infanteristisch ausgebildet sind und sonst den Bedingungen entsprechen, können angeworben werden. Jahrgang 19 oder jüngere kommen vorläufig nicht in Frage.
2. Verpflichtung auf einen Monat vom Tage des Eintreffens beim Truppenteil mit vierzehntägiger Kündigungsfrist am 1. und 15. d. Mts. Wird die Kündigung zu dieser Frist von einer der beiden Seiten nicht ausgesprochen so gilt der Vertrag um einen Monat verlängert. Die Entlassung eines Freiwilligen kann nur von dem Truppenteil ausgesprochen werden, bei dem er Dienst tut.
3. Unterordnung unter die eingesetzten Vorgesetzten, denen Soldaten- (Vertrauens-) Räte zu Seite stehen. Anerkennung der bisher gültigen Kriegsgesetze. (Abänderung derselben ist eingeleitet.)
4. Anerkennung nachstehender Gebührnisse für Ostsee und Grenzschutz Ost, gültig vom 1. 1. 1919 ab:

   A. Offiziere und Beamte:
   a) mobile Gebührnisse,
   b) soweit sie als Offiziere nach Maßgabe ihrer Kriegsstelle, als Beamte nach Maßgabe ihrer Friedensstelle, auf Wohnungsgeldzuschuß Tarifklasse 3—6 angewiesen wären, eine Zulage von 5 Mark täglich, zahlbar am Monatsdrittel nachträglich.

   B. Unteroffiziere und Mannschaften:
   a) mobile Löhnung nach den Dienstgraden, mindestens 30 Mark monatlich.
   b) Zulagen: Im Grenzschutz Ost 5 Mark täglich. Im Gebiet des Ostsee außerhalb des Reiches 5 Mark täglich und eine monatlich nachträglich zu zahlende Treuprämie. Diese beträgt für den 1. Monat 30 Mark, für jeden weiteren Monat steigend um 5 Mark bis zu 50 Mark.

   Verpflegung:
   a) Im Gebiet des Ostsee: Mobile Verpflegung.
   b) Im Grenzschutz Ost: Stäbe und Truppen erhalten Feldportionen aus den Truppenküchen. Selbstverpflegung ist unzulässig. Läßt sie sich in Einzelfällen nicht umgehen, so ist eine Entschädigung von 5 Mark für den Tag zuständig. In jedem Falle ist jedoch die Entscheidung des Generalkommandos einzuholen.
5. Unterkunft:
   Sowohl im Gebiet des Ostsee als auch im Grenzschutz Ost ist die Unterkunft der Offiziere und Mannschaften frei.
7. Versorgung:
   a) Die Freiwilligen gelten als vorübergehend zum aktiven Militärdienst herangezogen im Sinne der Militärversorgungs-Gesetze.
   b) Die Ansprüche auf Familienunterstützung laufen weiter und werden neu begründet.
   c) Die freiwillige Dienstzeit rechnet für Invaliden- und Altersversicherung wie Dienst im aktiven Heere.

Von seiten des Generalkommandos.
Der Chef des Generalstabes.
v. dem Hagen, Oberstleutnant.

Der Exekutivausschuß des IV. Armeekorps.
Bock.

Magdeburg, den 15. Januar 1919.

Generalkommando IV. Armeekorps.
Abt. I a N. 3.

Brautleute,
:: überzeugen Sie sich :: unbedingt von der unübertroffenen :: Leistungsfähigkeit :: der Möbelfabrik
C. Hauptmann
Halle a. S.
Kl. Ulrichs r. 36 a. u. b.
Riesenauswahl!
Große Vorräte noch zu vorteilhaften Preisen.
Cr. 200 Musterzimmer.

Speisezimmer
Herrenzimmer
Damenzimmer
Schlafzimmer
Küchen
in einfacher bis ganz reicher Ausführung.
Große Auswahl.
Möbelfabrik
Albert Martick Nachf.,
Inh. Richard Ziemer,
Halle a. S., Alter Markt 2.

Kaiser-Panorama
Hallesche Straße
Kaiser-Wilhelmshalle.
Täglich geöffnet von nachmittag 3 bis 9 Uhr abends.
Diese Woche:
San Franzisko

Tivoli-Theater
Merseburg.
Dir.: Arthur Dechant.
Donnerstag, den 30. Januar, abends ½8 Uhr:
Gastspiel Ludwig Heine
Zum letzten Male!
Wiener Blut
Operette in 3 Akten von Johann Strauß.
Sonntag, den 2. Februar, abends ½8 Uhr:
Gastspiel Ludwig Heine.
Der Graf von Luxemburg.
Operette in 3 Akten von Franz Lehár.
Nachmittags ¼4 Uhr:
Grosse Kinder-Vorstellung.
Der gestiefelte Kater.
Kindermärchen in 4 Bildern.

Kyffhäuser.
Täglich
Warme u. kalte Speisen.
Auch Abonnements.

Deutscher Bürger- und Bauernbund

(Deutsche Volkspartei).

Im heutigen Correspondenten ladet der Landesverband der Deutschen Volkspartei zu einer Versammlung im hiesigen Restaurant »Schultheiß« ein.

Ich bitte unsere Mitglieder und Freunde, sich durch diese Einladung nicht irre führen zu lassen.

Im Beisein von 2 Vertretern der Zentralleitung in Berlin wurde am 3. d. Mts. der **Deutsche Bürger- und Bauernbund (Deutsche Volkspartei) für den Wahlkreis Merseburg** als diejenige Organisation gegründet, **die die Deutsche Volkspartei im Wahlkreis Merseburg allein vertreten soll.** Nur für die Vorbereitung zu den Wahlen am 19. und 26. Januar wurde eine Nebengeschäftsstelle in Halle verabredet.

Der angebliche Landesverband der Deutschen Volkspartei für den Wahlbezirk Halle-Merseburg ist eine Gründung des Herrn Kaufmann Wienrich — in Firma Wienrich & Co., Halle, Merseburger Straße 45, — mit dem ich mich schon einmal beschäftigen mußte. Seine Vertrauensmänner für Merseburg sind Herr stud. agr. Herzog, hier, Poststraße 3, und ein Handlungsgehilfe.

Ich brauche weiter nichts hinzuzufügen.

Merseburg, den 29. Januar 1919.

Der Vorsitzende:
Busch, Pastor,
Provinzial-Erziehungsinspektor.

Verein für Feuerbestattung (E. V.)
Merseburg und Umgebung.

Haupt-Versammlung.
Am Sonnabend, den 1. Februar, abends 7 Uhr im „Alten Dessauer":
Tagesordnung:
1. Jahresbericht.
2. Kassenbericht.
3. Neuwahlen.
4. Verschiedenes.

Wir bitten unsere Mitglieder um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen.

Der Vorstand. J. A.: Dr. H. L...

Tanzschule Hünicke-Hölzer.
Unser Zirkel für die Abendabteilung für Tanz und Anstand beginnt am
Dienstag, den 11. Februar
im „Schützenhaus".
Damen ½6—7 Uhr. *** Herren 7—½8 Uhr.
Herr Ohme, Brühl 20 nimmt noch Anmeldungen entgegen.

Ratskeller Merseburg.
Donnerstag, den 30. Januar:
Künstler-Konzert.
Anfang ½8 Uhr.
O. Kießler.

SCHUHE.
Hausschuhe, ohne Bezugschein, dauerhafte Verarbeitung, mit echter Lederspitze, pro Paar 7.20 Mk. freie Zusendung. Lieferung nur gegen vorherige Einsendung des Betrags. Bei Nichtgefallen garantieren wir bereitwillige Zurücknahme und Rückzahlung des Betrags. Um genaue Angabe der Adresse und Schuhnummer wird gebeten.
Garantie für gute Ankunft. — Versand gestattet.
Schuhwaren-Fabrik Mimbach
(Rheinpfalz.)

Alles bezugscheinfrei.
Damen-Leibwäsche
Taschentücher, Voile-Blusen (gestickt)
Seidenstoffe für Kleider u. Blusen
Großer Posten
Schenertücher (handgewebt)
Rudolf Kränner
Merseburg
Christianenstraße 7 Telefon 444.
Verkauf findet auch Sonntags statt.

Ziegenzucht-Verein Merseburg u. Umgegend.
Mitglieder, die eine Grasparzelle pachten wollen, müssen mir dies bis spätestens den 10. Februar d. J. mitteilen. Spätere Meldungen können nicht berücksichtigt werden.
Für die Zuweisung einer Parzelle kommen nur diejenigen Mitglieder in Frage, welche durch Vorlage der Deckkarte nachweisen, daß sie im Besitz von Muttertieren sind.
Mäder, Geschäftsführer, Halleschc Str 79.

Achtung! Achtung!
Empfehle meine selbstgearbeiteten Waren:

Anstreichbürsten	Kleiderbürsten
Glanzbürsten	Bratenbürsten
Scheuerbürsten	Kuchenstreichen
verschiedener Art	Roßhaarbesen
Schrubber	Roßhaarhandfeger
Gläserbürsten	Reisstrohbesen
Kartätschen	Reisstrohhandfeger.

Sämtliche Waren sind gut und dauerhaft gearbeitet. Für Wiederverkäufer größerer Posten Rabatt.
Wilhelm Göthe
Bürstenmacher
Neumarkt 78. Neumarkt 78.

Verantwortliche Redaktion, Politik, Oertl. und prov. Teil: Erich Polckow, Sport: M. Hochheimer, Anzeigen: H. Baltz.
Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Baltz, sämtlich in Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190130-10/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 25 des Merseburger Tageblattes

Kreisblatt.

Donnerstag, den 30. Januar 1919.

Gefährdung der Volksernährung!

Es gehört mit zu den eigentümlichsten Erscheinungen der Revolutionszeit, daß weite Kreise des deutschen Volkes sich keine Rechenschaft darüber ablegen, was für praktische Wirkung die fortgesetzten Streiks und die unerfüllbaren Lohnforderungen der aufgehetzten Arbeiter bedeuten. Welche unmittelbare Gefahr der deutschen Volksernährung durch die Lohnforderungen und Arbeitseinstellungen droht, kommt in der denkbar schärfsten Weise zum Ausdruck in der Tatsache, daß die Erzeugung des einzigen Produktionsmittels, das in der Lage wäre, die Erzeugung an Brotgetreide, Kartoffeln, Zuckerrüben und Gemüse auf eine einigermaßen auskömmliche Höhe zu bringen, nämlich die Erzeugung an Stickstoffdünger, neuerdings fast völlig eingestellt werden mußte, weil die Werke entweder wegen Mangel an Kohle oder wegen Arbeiterausständen und gänzlich unerfüllbaren Lohnforderungen stillgelegt werden mußten. Es ist eine in der Landwirtschaft anerkannte Tatsache, daß ein und dieselbe Fläche Roggen ohne Düngung mit Stickstoff etwa 6 Ztr. Roggen liefert, während sie bei Zuführung von nur 10 Kg. Stickstoff auf 12 bis 14, ja sogar auf 16 Ztr. gehoben werden kann. Das gleiche gilt für alle übrigen Feldfrüchte. Das Problem der Volksernährung in Deutschland ist zurzeit ein reines Stickstoffproblem, da es nur unter Zuhilfenahme dieses einen Stoffes möglich sein wird, die übrigen im Boden noch vorhandenen letzten Kräfte zur Produktion heranzuziehen.

Das Reich hat während des Krieges viele hundert Millionen darauf verwendet, um der Kriegsindustrie die notwendigen stickstoffhaltigen Rohstoffe zur Verfügung zu stellen in der Voraussicht, daß der Stickstoff nach dem Kriege allein imstande sein wird, die deutsche landwirtschaftliche Erzeugung wieder auf ihre alte Höhe zu bringen. Wenn nun zu dem an sich schon unerträglichen Mangel an Phosphatdünger und zu der unzureichenden Anlieferung von Kalidünger auch noch ein völliges Versagen der Stickstofflieferung tritt, so ist die Hungersnot in Deutschland durch die deutsche Arbeiterschaft — ob mit oder ohne Bewußtsein, bleibe dahingestellt — planmäßig organisiert. Die behördlichen Instanzen haben zwar die ungeheure Bedeutung des Stickstoffproblems erkannt, stehen aber Verhältnissen gegenüber die nur mit Hilfe entsprechend eingreifender Maßnahmen in kürzester Zeit beseitigt werden können. Vielleicht ist dieser Hinweis in der Oeffentlichkeit geeignet, die maßgebenden Stellen zum schleunigen Eingreifen anzuregen.

Politische Rundschau

Die Verfassungsfrage.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben:

Der Sturm der Entrüstung, der sich gegen den preußischen Entwurf einer Reichsverfassung erhob, scheint selbst den Vater dieses Verfassungsentwurfes schwankend gemacht zu haben. Die Verteidigung, die Staatssekretär Preuß seinem Entwurf in der Sitzung der Verfassungskommission der deutschen Freistaaten am Sonntag gab, klang noch gegen die Demokratie aus, die ihn „nicht verstehen" wollte. Inzwischen scheint Preuß jedoch, gedrängt von dem preußischen Ministerium, nachgegeben zu haben, und der Erfolg ist denn nach, daß man sich jetzt auf eine provisorische Verfassung geeinigt hat, die von einer Aufteilung Preußens nichts mehr wissen will. Dies war übrigens der einzige Weg, der gefunden werden konnte, da die Haltung der Parteien deutlich genug erkennen läßt, daß der Entwurf des Staatssekretärs Preuß niemals eine Mehrheit in der Nationalversammlung finden wird. Die Demokratie hat Preuß fallen lassen und sich entschieden gegen eine Aufteilung Preußens erklärt, und die deutschnationale Volkspartei lehnt selbstverständlich eine Zerschlagung Preußens ab. Dagegen war die Haltung der Christlichen Volkspartei, des Zentrums, bisher noch unklar. Wie ich aus maßgebenden Kreisen dieser Partei höre, will auch das Zentrum von einer Zerschlagung Preußens nichts wissen. Gewiß konnte man der Ansicht sein, daß, da vom Zentrum die Bildung der Republik Rheinland-Westfalen propagiert wurde und die Zentrumspolitik gegen Polen niemals kräftig auftrat, das Zentrum nicht mit den andern bürgerlichen Parteien zusammen gegen den Preußischen Entwurf, soweit er sich auf eine Teilung Preußens bezieht, stimmen würde. Die Versicherung, die mir, wie gesagt, von einflußreicher Zentrumsseite gegeben wird, läßt ebenfalls Preuß fallen, so daß man heute schon den Preußischen Verfassungsentwurf, da alle bürgerlichen Parteien gegen ihn sind, als gescheitert ansehen kann. Wie ich höre, sollen selbst in der Mehrheitssozialdemokratie Stimmen laut geworden sein, die sich ganz entschieden gegen eine Aufteilung Preußens wenden. Staatssekretär Preuß soll seinen Entwurf wohl nach Beratung mit der Regierung, aber im großen und ganzen unbeeinflußt und selbständig verfaßt haben.

Ein Notruf aus dem Rheinland.

Der „Täglichen Rundschau" wird vom Rhein geschrieben, daß sich die englischen Besatzungstruppen dort die gröbsten Ausschreitungen zu Schulden kommen lassen. Bei Einwendungen gegen englische Verbrechen, Nichtsthun und Pflichtversäumnis hört man immer wieder: „Die Deutschen haben es in ihren gerade so gemacht!" Einen Gipfelpunkt der englischen Rücksichtslosigkeit bedeuten die vom 15. Januar ab in Kraft tretenden „Zivilpostbestimmung". Danach unterliegen alle Briefe, Postkarten und sonstigen Postsendungen der englischen Zensur. In Orte, die außerhalb der von den englischen Truppen besetzten Gebiete liegen, dürfen nur solche Briefe gesandt werden, die „wichtige geschäftliche oder dringende Privatangelegenheiten" betreffen und zur Bestätigung ihrer Dringlichkeit, ehe sie von den Engländern geprüft werden, von deutschen Beamten zu stempeln sind. Der freie geistige Verkehr des Rheinlands mit dem übrigen Deutschland — Geheimschrift, Beförderung durch Polen usw. wird streng bestraft — ist dadurch mit einem Schlage abgeschnitten.

Man fragt sich nach den Gründen zu solchem brutalen Vorgehen, und man wird nicht fehl gehen, anzunehmen, daß man die Rheinlande auf den Volkerschaukel setzen will, um sie ungestört und mit allen Mitteln für den Anschluß an den feindlichen Westen zu bearbeiten. Wie man aus zuverlässigen Quellen hört, ist ein großzügiger französischer Propaganda geplant, der die Leichtgläubigkeit und kurzsichtige Gewinnsucht einer durch lange Entbehrungen zermürbten Bevölkerung durch schöne Versprechungen zu ködern hofft. Meinaus die meisten Rheinländer [illegible] treu zu Deutschland, ihrer Mutter, und verschmähen den Anschluß an das fremde Frankreich. Aber wir bitten inständigst, wir fordern es als unser gutes Recht, daß das übrige Deutschland nicht schweigend den Dingen zusieht, die sich im Rheinland abspielen. In der Oeffentlichkeit, in der Presse, in Versammlungen darf der Ruf nicht verstummen, daß die Rheinlande unter einer harten, tief entwürdigenden Fremdherrschaft seufzen; der Ruf muß sich um so lauter und dringender erheben, als den Rheinländern selbst der Mund verbunden ist. Die Gefahr ist weit größer, als man im übrigen Deutschland annimmt!

Badische Hilfe für die Ostmark.

Für den Grenzschutz Ost sind bisher zwei größere badische Truppentransporte nach Ostpreußen abgegangen. Die dortige Bevölkerung bereitete den Truppen einen herzlichen Empfang.

Die Entente und Posen.

Die „Ostdeutsche Rundschau" in Bromberg glaubt, daß die Entente den Polen nicht preußische Gebietsteile zusprechen werde. Dann fährt das Blatt fort:

„Schon in allernächster Zeit wird der Grenzschutz Ost in solcher Stärke aufgestellt sein, um den Kampf gegen die Polen zur Rückeroberung der Provinz mit vollem Erfolg aufzunehmen. Das Deutschtum in Posen ist nur dann verloren, wenn es sich selbst verloren gibt."

Polnische Wut.

Auf ihre beruhigenden Worte, welche Noske bezüglich des „Schutzes der deutschen Bürger im Osten vor polnischer Willkür" an die vor der Reichskanzlei versammelte Menge gerichtet hat, erwidert ein führendes polnisches Blatt, der „Dziennik Berlinski" mit folgendem Tobsuchtsanfall: „Dieser höchste „rote" Führer der deutschen Heere in der Mark unterscheidet sich in seinen antipolnischen Gefühlen in nichts von den annexionswütigen Alldeutschen und Hakatisten. Die Polen müssen nach der jüngsten Rede des örtlichen Höchstkommandierenden des Sozialisten Noske, zur Einsicht kommen und sich durchaus davon überzeugen, daß auch die Sozialisten Todfeinde der polnischen Gesamtheit und esd polnischen Volkes sind."

Aus Stadt und Umgebung

Himmelserscheinungen im Februar.

Die Sonne beschleunigt im Februar ihren Aufstieg zum Himmelsäquator gegenüber dem Januar erheblich, was sich in einer Zunahme der Tageslänge um ein-dreiviertel Stunden gegenüber ein ein-viertel Stunden im Januar deutlich bemerkbar macht. Sie steigt zu Anfang des Monats um 4¾ Uhr und gegen Ende um 5½ unter den Gesichtskreis hinab, über den sie sich zu Anfang um 7¼ und gegen Ende schon vor 7 Uhr erhebt. Vollständige Dunkelheit tritt anfangs kurz vor 6½ und gegen Ende um 7¼ Uhr abends ein. Die Beobachtung des Tagesgestirns selbst wird durch Abnahme seiner Fleckenbildung gegenwärtig wieder weniger fesselnd.

Die Phasen des Mondes verteilen sich auf folgende Tage: Neumond am 1. (und zwar genauer um sieben Minuten nach mitteleuropäischer Mitternacht, in verschiedenen Kalendern wird dieser Neumond ungenau für den 31. Januar angegeben), erstes Viertel am 7., Vollmond am 15. und letztes Viertel am 23. Februar. Für den Freund der Himmelsforschung sind die Tage um den 7. am wichtigsten, weil dann die Schatten auf unserem Trabanten am längsten sind, so daß die Gebirgsformationen besonders deutlich hervortreten. Wie wir dem „Sirius"-Kalender (Verlag Eduard Heinrich Mayer, Leipzig, Frommanstr. 2a) entnehmen, bedeckt der Mond am 9. Februar abends von 7 Uhr 34 Min. bis 7 Uhr 57 Min. M. E. Z. den Stern 5. Größe Iota im Stier. Die Beobachtung einer solchen Sternbedeckung ist aus dem Grunde besonders lehrreich, weil das Verschwinden der Sterne hinter dem Mondrande überaus rasch erfolgt, und man sich dabei sehr leicht von dem Fehlen einer merklichen Lufthülle unseres Begleiters überzeugen kann. Seine Zusammenkünfte mit den großen Planeten finden an folgenden Tagen statt: Mit Venus und Mars am 2., Jupiter am 11. und Saturn am [illegible]. Mit Merkur erfolgt seine Zusammenkunft.

Von den großen Planeten sind am Abendhimmel und Venus in der Dämmerung zu bemerken. Mars durchläuft Sternbilder Wassermann und Fische. Seine Beobachtung ist wegen seiner großen Entfernung von uns gar nicht mehr lohnend. Dagegen werden die Beobachtungsbedingungen der Venus deren Leuchtkraft als Abendstern immer mehr zunimmt, äußerst günstiger. Sie kommt am 13. dem Mars bis auf etwa eine Vollmondsbreite nahe. Jupiter ist im Sternbild der Zwillinge die ganze Nacht sichtbar und kann daher unter sehr günstigen Bedingungen verfolgt werden. Ueber den Lauf seiner Begleiter und ihre Verfinsterungen gibt der oben erwähnte „Sirius"-Kalender umfassende Auskunft. Es dürfte kaum eine leichter zugängliche und überzeugendere Gelegenheit geben, um etwa dem Schüler den Mechanismus unseres Sonnensystems klarzumachen, als wenn man ihn zur Beobachtung unserer Jupiterbegleiter anleitet. Dem Jupiter folgt im Löwen der ringgeschmückte Planet Saturn, der am 14. der Sonne gegenübersteht und dann ganz besonders günstig beobachtet werden kann. Schon mit geringer Vergrößerung, etwa eines stärkeren Feldstechers (mindestens sechsfach) läßt sich die eiförmige Kontur des Ringes bemerken. Infolge des Weiterwanderns des Saturn schließt sich der Ring immer mehr, und wir werden in zwei Jahren gegen dessen Kante blicken, wobei der Ring vorübergehend wahrscheinlich vollständig verschwindet. Merkur tritt am 23 in obere Konjunktion mit der Sonne und ist daher in den Sternbildern Steinbock und Wassermann unsichtbar.

Gegen Ende des Monats kann man bei Nowe erhell des Mondes und außergewöhnlich klarer Luft den Versuch machen, am westlichen Himmel den matten Lichtkegel des Zodiakallichtes aufzufinden. Dieses wird jedoch nur Erfolg begleitet sein, wenn das Auge vorher sorgfältig ausgeruht und vor jedem störenden Lichtzufluß geschützt wird.

Der Fixsternhimmel gibt im Februar an Schönheit seines Anblickes dem Januar nur wenig nach. Der hellste Fixstern, Sirius im Großen Hunde, kreuzt Mitte des Monats gegen 10 Uhr den Meridian. Oestlich neben ihm erhebt sich aus dem Sternbild Schiff Argo die Milchstraße, welche zunächst des Sirius übersieht, oberhalb dessen wir das Haupt des Kleinen Hundes mit dem Hauptstern

Dassels Verhaftung

Humorist. Berliner Roman von Friedrich Hey.

42] (Nachdruck verboten.)

„Sie wissen ja — 600 Mark ist das Maximum, auf das erkannt werden darf. Natürlich wird das Gericht sich nicht zu solcher Höhe versteigen, sondern die Umstände mit in Betracht ziehen — Ihren tadellosen Ruf, ferner, daß Sie nur gute Gründe hatten, der Nachricht Glauben zu schenken, daß Sie nur im vertraulichen Kreise und nicht leichtsinnig sie weiterverbreitet haben — — aber, Sie wissen ja — nicht wahr? Wer kann ein Gerichtsurteil vorausbestimmen? Und nun bedenken Sie: Von Laienrichtern! Lassen Sie mal zufällig solche Herren da oben sitzen aus dem Mittelstand, mit den Anschauungen Ihres Herrn Dad — Dachs — ganz recht — Herrn Dassel! Haben Sie mal einen Anwalt gegen sich, der mit allen Schlichen und aller Schonungslosigkeit auf Sie losprallt, seinen Mandanten in alle Himmel erhebt und die Herabsetzung, die er durch Sie erfahren hat, mit den greellsten Farben ins Groteske vergrößert! — Sie wissen ja selbst, es gibt solche Schöffengerichts-Rhetoriker! — der alle Register der strafverschärfenden Gründe zieht — Ihre akademische Bildung — Ihre Beamtenqualität — —"

„Oh, oh!"

„Ja, solch ein Mann kann es sich leisten, in anbetracht der schweren Herabwürdigung, der geschäftlichen Schädigung eines Klienten unverfroren eine Gefängnisstrafe zu heischen."

„Oh, oh!"

„Natürlich nur fordern! Aber denken Sie mal, schon das! Und die Zeitungen dürfen den Antrag der Verteidigung ungehindert publizieren. Ja — Sie werden es selbst aus Ihren Erfahrungen wissen —, da weiß ein Mensch, wozu sich ein Schöffengericht bereden lassen wird! Und Berufung einlegen? Um Gottes willen! Die Sache mitsamt dem Aerger noch ein paar Monate weiterschleppen und die Kosten vergrößern. Um keinen Preis in der Welt!"

„Schaurig, schaurig!" murmelte der arme, leichenfahle Hartig, der urplötzlich um sieben Jahre älter aussah. „Sollte man es für möglich halten, daß eine harmlose Mitteilung an die Herren des eigenen Standes — —"

„Was mich anbelangt," rief plötzlich mit auffälliger und langsamer Betonung jeder Silbe der Landgerichtsrat, „so bin ich selbst an der Weiterverbreitung der unwahren Tatsache ab—so—lut unbeteiligt. Ich versichere das hiermit auf das al—ler—bestimm—teste, Herr Oberregierungsrat!"

„Selbstverständlich, Herr Landgerichtsrat! Davon war ich von Anfang an überzeugt — Sie kennen ja nicht einmal den Namen jenes Herrn — —"

„Gott sei Dank!" flüsterte es im tiefsten Basen des Gegenübers.

„Und eben deswegen komme ich ja zu Ihnen, um mir einen vertraulichen, fachmännischen Rat zu erbitten. Daß ich mich mit dem Manne vergleichen muß, leuchtet mir ohne weiteres ein; aber die Zivilklage, die Zivilklage!"

Die Zusage des außergerichtlichen Vergleichs hatte Herrn von Höppner von einem Alpdruck erlöst, und das jammervolle Aussehen des ratlosen Oberregierungsrats von der Verwaltung stimmte ihn zu freundlichem Mitleid.

„Na, was das anbelangt, so würde ich mir keine grauen Haare darüber wachsen lassen!"

„So?"

„Nicht im geringsten. Sie wissen ja selbst, daß so etwas nicht so heiß gegessen wird, wie es gekocht wird. Der Gegner pflegt in solchen Fällen zuerst den Mund ganz gehörig aufzureißen — und die Herren Anwälte arbeiten gern mit großen Summen. Sie wissen ja . . Aber desto schwerer ist in solchen Fällen der positive Nachweis der Schädigung im einzelnen. Solche Sachen enden ja . . . Sie wissen es — fast immer im Ausgleich. Und da würde ich nicht lange hin und wider streiten, erneute Beweisanträge und Vertagungen abwarten, das erhöht nur die Gerichts- und Anwaltskosten. Also auch hier: So rasch wie möglich einen billigen Vergleich . . ."

„Billigen — — Oh —"

„Wie hoch hat der Gegner die Summe angegeben, darf ich nochmals bitten?"

Der Landgerichtsrat las das Schreiben nochmals durch.

„Hm — aha! Zivilklage nur vorbehalten — also, so sicher sind sich die Herren ihrer Sache nicht. Es scheint ihnen selber am Vergleich zu liegen. Und der gegnerische Anwalt — Sie wissen ja: es gibt zwei Sorten Anwälte — solche und solche — nun ja, scheint selbst nicht allzu scharf auftreten zu können. Ich kenne ihn übrigens, er ist ein tüchtiger Jurist, ein durchaus achtbarer — hm — ein kulanter Anwalt . . . Ich hoffe, daß Sie noch leidlich davonkommen werden — und vor allem wünsche ich Ihnen das Allerbeste in dieser — wie gesagt — äußerst unerquicklichen und für Sie doppelt bedauerlichen Sache, mein hochgeehrter Herr Oberregierungsrat —"

Unter vielen gegenseitigen Verbeugungen schied der hochverehrte Herr Oberregierungsrat von dem Landgerichtsrat, und jener nahm nur die eine Hoffnung mit: der Herr Dr. Gumplowitz war ein „kulanter" Mann.

Diese Hoffnung stürzte denn auch eine Stunde, als er am Montag nachmittag Punkt einhalb fünf Uhr seufzend die Treppe zu dessen Kanzlei emporstieg.

Der Herr Landgerichtsrat hatte sehr recht, wenn er zwei Sorten von Anwälten unterschied, und es ist vielleicht ganz nützlich, sich ein bißchen näher darüber auszulassen. Also: Es gibt erstens sehr tüchtige, und zweitens angeordentlich tüchtige Anwälte. Daß ein jeder Anwalt sehr tüchtig überhaupt ist, muß von vornherein als feststehend hingestellt werden, denn das ist die Grundlage der Einteilung. Die Tüchtigkeit eines Anwaltes hängt nämlich von dem Urteil des Publikums ab, je nachdem es den einzelnen empfiehlt. Das ist genau so wie bei den Aerzten. Und ich weiß noch von keinem Anwalt — oder auch von keinem Feld-, Wiesen-, Wald- oder Spezialarzt —, den nicht einmal wenigstens ein Mensch empfohlen hätte. Und der Empfehlende sagt alsdann stets: ein sehr tüchtiger Advokat, ein sehr tüchtiger Doktor. Also sind alle Anwälte nicht nur tüchtig, sondern sehr tüchtig. Nun aber scheidet es sich: es gibt Anwälte, die im Straf- wie Zivilprozeß für ihre Klienten sich ins Zeug werfen, daß alles nur so dampft und kracht. Sie vertreten deren Wünsche und Interessen mit der hartnäckigsten Energie, sie lassen nicht locker, sie bohren und bohren, um das Menschenmöglichste zu erreichen. Sind das die „außerordentlich tüchtigen"? Nein, das sind und bleiben nur „sehr tüchtige". Denn, lieber Leser, wieviel erreichen sie? Das Gericht zieht doch immer etwas von den hochgeschraubten Forderungen ab.

Der eigene Klient, der sich auf das Ganze gespitzt hat, das, nach den fulminanten Ausführungen seines Vertreters, sein gutes Recht, seine notwendige Forderung war, erhält nur drei Viertel davon, und denkt schließlich trotz aller Belehrung seines Sachwalters: eigentlich hätte der mehr erreichen müssen! Der Gegner aber, der durch dieses „scharfen" Anwalt bis aufs Blut gescheunden worden ist, bekommt einen grimmigen Haß auf ihn und bezeichnet ihn Freunden und Bekannten gegenüber mit einem Ausdruck, der, eine Kombination von zwei Wörtchen, hier nicht wiedergegeben wird. Der Klient wird ihn ja wohl empfehlen, wird auch dankbar sich der Bemühungen und Kämpfe erinnern und des schließlichen Erfolges, also ihn rühmen und weiterempfehlen. Aber mit vollem Enthusiasmus doch nicht, denn der Erfolg war nicht ganz! Der Gegner aber wird vielleicht, eingedenk seiner Drangsale, Respekt vor ihm haben, aber preisen und empfehlen wird er ihn ganz sicherlich nicht. So gehen schon allein durch den Gegner fünfzig Prozent Weiterempfehlungen verloren, und somit kommt nicht mehr heraus als ein „sehr tüchtiger Anwalt".

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190130-10/fragment/page=0005

Prokyon bemerken. An das Einhorn schließt sich östlich das ungemein interessante Bild der Hydra an, über deren Kopf mit das unbedeutende Bild des Krebses sehen. Dieses enthält eine schon im Opernglase als Sternhaufen erkennbare, blasse Lichtwolke. Ueberhaupt möchten wir dem angehenden Freunde der Himmelsforschung empfehlen, bei unseren Wanderungen am Sternhimmel stets sein Opernglas oder Feldstecher [illegible] der Hand zu haben, denn durch die Vergrößerung der dem [illegible] führten Lichtmenge werden viele Tausende von Sternen [illegible] und dadurch besonders der prachtvolle Eindruck der [illegible] in seiner Wirkung noch wesentlich erhöht. An den Krebs [illegible] sich das Bild des großen Löwen mit Regulus und Denebola an. Ueber dem Großen Löwen gewahren wir den altbekannten Großen Bären oder Himmelswagen, dessen „Deichsel" auf, einen hellen, roten Stern tief am Horizont, Arkturus im Bootes, hinweist. Unterhalb der Wagendeichsel erwähnen wir noch in den Jagdhunden den Hauptstern „Herz Karls", der als farbiger Doppelstern im Fernrohr einen sehr lohnenden Anblick gewährt. Auf der gegenüberliegenden Seite des Himmels vom kleinen Bären aus gesehen ist das W-förmige Bild der Kassiopeia wohl allbekannt, das ebenfalls in der Milchstraße gelegen ist. Verfolgen wir den Zug dieser blassen Lichtbandes wieder zu unserem früheren Ausgangspunkte zurück, so treffen wir zunächst auf den Perseus, dessen Sternbogen auf die Gruppe des Siebengestirnes im Stier weist. Dieses enthält weiter den Sternhaufen der Hyaden (Regenstirne) mit dem rötlichen Aldebaran, dem Lieblingsstern Deiseus von Lilienthal. Scheitelwärts vom Stier aus wandernd trifft unser Blick auf einen sehr hellen Stern, Kapella im Fuhrmann. An dieses Bild schließen sich die Zwillinge an, in welchen sich zurzeit der Jupiter aufhält. Die noch übrigen Sternbilder auf der Westseite des Himmels sind uns von den vorhergehenden Betrachtungen wohl noch geläufig.

Ernennungen.

Studienassessor Dr. Leopold Jadee wurde zum Oberlehrer am staatl. Domgymnasium in Merseburg und Studienassessor Hermann Wecke zum Oberlehrer am Siftsgymnasium in Zeitz ernannt.

Personalnachrichten der Oberzolldirektion.

Befördert oder versetzt wurden: Zollsekretär Schoett in Magdeburg nach Wittenberg, Zollsekretär Kühl in Liebenwerda nach Halle, Obergrenzkontrolleur Pfeiffer in Naumburg a. S. nach Halle a. S., Zollaufseher Frehse in Zörbig zum Zolleinnehmer in Schleusingen, Zollaufseher Schönwiese in Bismark nach Zörbig, Zollaufseher Möhring in Emmrich zum Zolleinnehmer nach Schmiedeberg, Zolleinnehmer Kröber in Schmiedeberg zum Zollsekretär in Naumburg, Zollsekretär Riedel in Bismark nach Naumburg, Zollsekretär Hemmann in Wittenberg nach Erfurt, Zollaufseher Jackisch in Delitzsch zum Zollassistenten in Delitzsch. Pensioniert wurde: Hauptzollamtsdiener Wiegand in Naumburg und neuangestellt: Hauptzollamtsdiener Wülnerstedt in Naumburg.

Wahlen zur verfassunggebenden preußischen Landesversammlung.

Zur Ermittlung des Ergebnisses der Wahl am 26. d. Mts. wird der Wahlausschuß am Sonabend, den 1. Februar 1919, vormittags 9 Uhr zu einer öffentlichen Sitzung in dem Sitzungssaale des Bezirksausschusses in Merseburg, Regierungsgebäude, Erweiterungsbau zusammentreten.

Bewertung des Nachtdienstes.

Die Reichspostverwaltung gewährt für den Nachtdienst besondere Stundenvergütungen, und zwar für mittlere Beamte 50, für untere 40 Pfg. Den Eisenbahnbeamten sind bisher solche Vergütungen nicht gewährt worden, es ist aber zu erwarten, daß ihnen die gleichen Sätze bald bewilligt werden.

Geldsperre nach dem Posener Aufstandsgebiet.

Infolge des Vorgehens der aufständischen Polen auf wirtschaftlichem Gebiet hat, wie W. T. B. hört, die Reichsregierung sich gezwungen gesehen, durch eine Verordnung für die Einfuhr von Zahlungsmitteln jeder Art in das Aufstandsgebiet der Provinz Posen eine besondere Erlaubnis des Reichsschatzamtes oder der von diesem bezeichneten Behörde vorzuschreiben. Lediglich im Wege des Reiseverkehrs dürfen Zahlungsmittel bis zur Höhe von 1000 Mk. innerhalb eines Kalendertages, jedoch nicht über 3000 Mk. innerhalb eines Kalendermonats ohne eine solche Erlaubnis in das Aufstandsgebiet verbracht werden.

Kriegsteilnehmer mit Primareife

werden zum Theologischen Studium zugelassen. Nach Verkehmen mit den in Frage kommenden amtlichen Stellen hat das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung genehmigt, daß auch die Kriegsteilnehmer, welche die regelrechte Verleihung nach der Unterprima einer deutschen neunstufigen höheren Lehranstalt erreicht haben, an den Universitäten immatrikuliert werden. Diesen Studierenden ist aber die Bedingung aufzuerlegen, daß sie vor Eintritt in die erste Berufsprüfung die Kriegs-Reifeprüfung ablegen. Nach einer Verfügung des Evangelischen Oberkirchenrats sind nun für die Zulassung zur theologischen Prüfung die Semester dieser Studierenden voll anzurechnen. Doch ist vor Eintritt in die Prüfung ein Zeugnis über die nachträglich bestandene Kriegs-Reifeprüfung zu fordern.

Keine Gründung einer landwirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft!

Im hiesigen Landratsamt traten zum zweiten Male e 10 landwirtschaftliche Arbeitgeber und Arbeitnehmer als Vertreter ihrer Verbände zusammen, um die Löhne der landw. Arbeiter für den Kreis Merseburg festzulegen. Da nach fünfstündiger Beratung eine Einigung über die Höhe von Frauenlöhnen infolge prinzipieller Gegensätze nicht zu erzielen war, wurde von der beabsichtigten Gründung einer sogen. landw. Arbeitsgemeinschaft für den Kreis Merseburg abgesehen. Es sind infolgedessen auch die bereits beschlossenen und bekannt gegebenen Löhne für die männlichen Arbeiter nicht bindend. Die Festsetzung der Löhne unterliegt bis auf weiteres der freien Vereinbarung.

Tivoli-Theater.

Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben:

Donnerstag findet auf vielseitigen Wunsch noch eine Aufführung der entzückenden Operette „Wiener Blut" statt. Sonntag geht neu einstudiert die beliebte Operette „Der Graf von Luxemburg" von Franz Lehar in Szene. Nachmittags wird zum 1. Male das Kindermärchen „Der gestiefelte Kater" gegeben.

Aus Provinz und Reich

Ernennung.

Bitterfeld, 28. Januar. Ernannt wurde der Gewerbeassessor Budde hierselbst unter gleichzeitiger Verleihung der planmäßigen Stelle eines Gewerbeinspektors in Bitterfeld zum Gewerbeinspektor.

Posträuber.

Oschersleben, 28. Januar. Einen Postwagen beraubt haben eine Reihe ostpreußischer Arbeiter, die einen Wehrtransport von Insterburg aus begleiteten. Aus einem in Magdeburg dem Zuge angehängten Postwagen haben sie eine graue Kiste erbrochen und um allerhand Sachen beschlagen. Ernst Pickop erhielt: drei Monate, Albert Wichmann eine Woche, der 15jährige Wilhelm Meyer einen Verweis, gegen einige andere mußte das Verfahren wegen Kriegsteilnehmerschaft eingestellt werden.

Räuberische Soldaten.

Nordhausen, 28. Januar. Bei einem Einbruch in die Tabakfabrik G. A. Hanewacker erbeuteten in der Nacht dort in Logis liegende Soldaten 20 000 Zigarren und 152 Pfund Kautabak in Rällchen im Werte von 20 000 Mk. Selbst die gefüllten Lohndüten nahmen die Diebe mit.

Bunte Zeitung

Wandernde Fische. Die Reiselust der Fische wird von keiner anderen Gattung der Tierwelt übertroffen. Die delikate Makrele zieht z. B. zum Laichen viele Meilen südlich. Die Sardelle des Mittelländischen Meeres reist im Frühling von Westen nach Osten und im Herbst von Osten nach Westen. Der Stör der nordischen Meere streift einzeln bis Berlin, Breslau, Straßburg. Der Wanderlachs des Eismeeres geht durch den Jenissei, die Tunguska und Angara bis an den Baikal, eine Reise von mehreren hundert Meilen, und schwimmt hier in großen Zügen abwechselnd längs des südlichen und nördlichen Ufers. In alle nördlichen Flüsse drängen sich, in dreieckige Haufen geschart, die Lachse zur Laichzeit, in Asien und Amerika noch jetzt, früher auch in Europa in solcher Menge, daß fast der Strom des Wassers gehemmt ward. Der echte Hering kommt nicht ins Mittelmeer; im April bis Juni erscheinen in den nordischen Meeren zwischen Asien und Amerika so gut wie zwischen Amerika und Europa, von Norden nach Süden wandernd, die Heringsbänke von 5 bis 6 Meilen Länge und 2 bis 3 Meilen Breite oft so dicht gedrängt, daß eingeworfene Lanzen zwischen ihnen stehen bleiben. Eingesalzen werden jährlich etwa 1000 Millionen Stück; Haifische, Raubvögel verzehren wohl noch mehr, und die Hahl herer, welche als Köder auf dem Felde verbraucht werden, läßt sich gar nicht berechnen.

Das Eierfressen der Hühner. Es ist für die Hausfrau, die sich unter schwierigen Verhältnissen Hühner hält, eine sehr unangenehme Überraschung, wenn sie eines Tages entdeckt, daß sich eines oder einige der Hühner das Eierfressen angewöhnt haben. Sie muß dann sofort dagegen einschreiten, denn diese Angewohnheit steckt sehr leicht auch die andern Hühner an, so daß bald kein Ei mehr in die Küche kommt. Meistens wird das Eierfressen durch Mangel an Kalk in dem Futter und durch zu wenig Bewegung der Hühner veranlaßt, man muß also in erster Linie dafür sorgen, daß die Tiere einen genügend großen Auslauf und Scharraum haben. Die Eierfresser sperrt man in einen Stall, wo man ihnen reichlich Kalkbestandteile, also Mauerputz, Knochenmehl, neben dem Futter zur Verfügung stellt, dann legt man noch ein oder zwei Porzellaneier in den Stall, sie werden so lange daran herumpicken, bis sie das Vergebliche ihrer Bemühung erkannt haben und nunmehr alle Eier unberührt lassen. Ein gutes Mittel ist es auch, wenn man ausgeblasene Eier mit Essig und Pfeffer füllt und sorgfältig wieder verschließt. Die Henne, die einmal den schlechten Geschmack verspürt hat, unterläßt dann das Picken. Das allerbeste, sicherste und einfachste Mittel, das diese leidige Gewohnheit gar nicht erst entstehen läßt, ist es aber, in dem Hühnerstall nur sogenannte Fallennester unterzubringen, in denen das Ei sofort nach dem Legen verschwindet, so daß es für die Henne unerreichbar ist. Meist genügt aber auch schon ein dunkelgemachtes Legenest, das dieses gleich nach dem Legen von der Henne verlassen wird.

Welche Blütenfarbe ist am häufigsten? Bei der Beantwortung dieser Frage werden die verschiedensten Meinungen zutage treten, aber wohl keine wird auf den ersten Blick die richtige Tatsache angeben, daß die weiße Farbe die bei weitem häufigste ist, denn über ein Viertel aller Blumen trägt diese Farbe. Nach der weißen folgt die gelbe, darauf die rote und dann die blaue Farbe, orange, braun und schwarz sind bei den Blüten ziemlich selten. Mit der Farbe der Blumen hängt auch ihr Duft zusammen, wie eine eingehende Untersuchung erwiesen hat. Hieraus ergab sich, daß von 4200 Pflanzenarten überhaupt nur 10% einen Duft ausströmen, die überwiegende Menge der Blütenpflanzen ist also duftlos. Von diesen 4200 Pflanzen hatten 1194 Arten eine weiße Farbe und unter ihnen gab es 187 duftende Blüten. 950 Pflanzenarten waren gelb, von denen aber nur 77 duften, dann kommt Rot mit 933 Arten, die mit 84 wohlriechenden Blüten einen etwas höheren Prozentsatz als Gelb aufweisen. Blaue Blumen gibt es unter 4200 nur 594 Arten, von denen 31 duften. Noch weniger Wohlgeruch weist die violette Blütenfarbe auf, denn nur 13 von 286 Pflanzen duften. Eine grüne Blütenfarbe haben 153 Pflanzen und unter ihnen sind 24 duftende. Nur 50 Pflanzenarten unter den Tausenden hatten eine Orangefarbe und unter ihnen nur drei duftende. Die Zahl der braunen Blumen ist aber noch viel geringer, denn sie betrug unter 4200 nur 18 und von diesen hatte nur eine einzige einen Wohlgeruch. Wir sehen also, daß das Duften der Blüten unter unseren Blumenpflanzen durchaus nicht so häufig ist, wie wir gewöhnlich anzunehmen pflegen.

Ausgabe der Leuchtmittel für Februar 1919.

Es werden für Monat Februar 1919 angeteilt:
auf jede Petroleummarke 1 Liter Petroleum zum Preise von 45 Pfg. für das Liter,
auf jede Carbidlampe 5 Pfund Carbid zum Preise von 75 Pfg. für das Pfund,
auf Abschnitt 5 der Kerzenkarte 3 Kerzen zum Preise von zusammen 63 Pfg.

Der Verkauf erfolgt nur in den bekannt gegebenen, angeschlossenen Verkaufsstellen, in denen die Empfangsberechtigten zur Kundenliste eingetragen sind.

Die Verkaufsstellen haben den zum Bezug frei gegebenen Abschnitt eigenhändig von der Leuchtmittelkarte abzutrennen und dem Magistrat mit dem vorgeschriebenen Verkaufsbericht einzusenden

Merseburg, d. 28. Januar 1919.
M. 76/19. **Der Magistrat.**

Die Regulierung der Gemeinde Kriegsdorf soll Sonnabend, den 1. Februar, nachmittags 3 Uhr im Gasthause daselbst auf weitere 6 Jahre verpachtet werden.

Bedingungen im Termin.

Der Gemeindevorsteher.

Jugendkompagnie 361 Merseburg.

Alle gegenwärtigen und ehemaligen Angehörigen der Jugend-Kompagnie werden hierdurch aufgefordert, alle in ihrem Besitz noch befindlichen Gegenstände, die aus Mitteln der Jugend-Kompagnie beschafft worden sind, umgehend an den Kastellan der Altenburger Schule, Herrn Täubert, abzuliefern.

Hierzu gehören:
Bücher, Karten, Instrumente (Trommel und Pfeifen), Abzeichen der Spielleute, Beilpicken, Spaten usw.

Das Kommando.
J. Pfl. 18/19.

Makulatur hat abzugeben **Merseburger Tageblatt.**

Bekanntmachung

betreffend Höchstpreise für Eisen, Stahl und Walzenfinter.
Nr. F. K. 1080/12. 18. K. R. A.

Im Auftrage des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilmachung wird folgendes angeordnet:

Die auf Grund des Ersuchens des Kriegsministeriums, Kriegsamt vom 16. Juni 1917 Nr. Bst 843/6. 17. K. R. A. erlassenen Bekanntmachungen der Militärbefehlshaber, betreffend Höchstpreise für Eisen und Stahl (Roheisen und Rohstahl, Halbzeug und Erzeugnisse aus Eisen und Stahl gewalzt oder gezogen) sowie die Bekanntmachung betreffend Höchstpreise für Walzenfinter Nr. C. 750/8. 18. K. R. A. vom 10. August 1918 treten mit Wirkung ab 1. Januar 1919 außer Kraft.

Durch diese Aufhebung wird die Wirksamkeit von Verträgen, die zur Zeit des Bestehens der festgesetzten Höchstpreise abgeschlossen worden sind, nicht berührt. Ist in solchen Verträgen der Preis durch den jeweils zur Zeit der Lieferung geltenden Höchstpreis bestimmt, so tritt an die Stelle des Höchstpreises der zur Zeit der Lieferung angemessene Preis. Für Lieferungen, die zum Zwecke der Ausführung von Notarbeiten im Sinne der Verordnung des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilmachung Nr II. 190/18. D. M. A. vom 21. November 1918 auszuführen sind, dürfen keine höheren Preise gefordert oder gezahlt werden, als die im letzten Vierteljahr 1918 gültigen Höchstpreise.

Berlin, den 5. Januar 1919.

Kriegs-Rohstoff-Abteilung.
Wolffhügel.

Preisgekröntes Lehrbuch der Landwirtschaft
von R. Schlipr, 20. Aufl., 6.8 Sem. mit 750 Abbild. Mk. 12,10 Nachn. L. Schwarz & Co., Berlag, Berlin B. 222 Dresdenerstr. 80.

Fleischverkauf auf der Freibank
findet am 30. Januar 1919

vorm. von 8—9 Uhr	auf die Ordnungsnummern	2451—2550
„ „ 9—10 „	„ „ „	2551—2650
„ „ 10—11 „	„ „ „	2651—2750

statt.

Merseburg, den 29. Januar 1919.
L.-A. I. 109/19. **Das städtische Lebensmittelamt.**

Rossfleisch- und Wurstwaren-Verkauf
findet am 30. Januar 1919
bei Hoffmann, Brühl Nr. 6

vorm. von 9—10 Uhr	auf die Ordnungsnummern	2501—2600
„ „ 10—11 „	„ „ „	2601—2700
nachm. „ 2—3 „	„ „ „	2701—2800
„ „ 3—4 „	„ „ „	2801—2900
„ „ 4—5 „	„ „ „	2901—3000

bei Naundorf, Obere Breitestraße 4

nachm. von 1—2 Uhr	auf die Ordnungsnummern	3001—3100
„ „ 2—3 „	„ „ „	3101—3200
„ „ 3—4 „	„ „ „	3201—3300
„ „ 4—5 „	„ „ „	3301—3400
„ „ 5—6 „	„ „ „	3401—3500

statt. Ein Anspruch auf eine bestimmte Art von Fleisch besteht nicht.

Merseburg, den 29. Januar 1919.
L.-A. I. 109/19 **Das städtische Lebensmittelamt.**

Bekanntmachung.

Wahlen zur verfassunggebenden preußisch. Landesversammlung.

Zur Ermittelung des Ergebnisses der Wahl am 26. d. Mts. wird der Wahlausschuß

am Sonnabend, den 1. Februar 1919, vorm. 9 Uhr

zu einer öffentlichen Sitzung in dem Sitzungssaale des Bezirksausschusses in Merseburg, Regierungsgebäude, Erweiterungsbau zusammentreten.

Jeder Wahlberechtigte hat Zutritt.

Merseburg, den 27. Januar 1919.

Der Wahlkommissar
für die
Wahlen zur verfassunggebenden preußischen Landesversammlung
(13. Wahlkreis)
Dr. Knobloch, Regierungsrat.

Karl Tänzer
Adolf Schäfers Nachf.

Solide Qualitäten! Große Auswahl!
Spezialgeschäft für Damen- u. Kinder-Wäsche
Schürzen aller Art
Vollständige
Wäsche-Ausstattungen.
Aufmerksame Bedienung! Mäßigste Preise!
Merseburg
Entenplan 7 Fernsprecher 259 Entenplan 7

3 Former
m. Anfertigung v. Gipsplatten für Formmaschinen bewandert,
10 Former
zur Bedienung von Formmaschinen sowie
1 Cupolofen-Schmelzer
sofort für dauernde Beschäftigung gesucht.
Arthur Müller Bauten u. Industriewerke Abteil. IV, Merseburg (früher B. Herrich & Co.).

Energische sehr strenge
Rachhilfe gesucht,
Lat. und Math. bis **O. III.** Angebote mit Preis u. Tagesstunden unter **H. P. 28,** postlagernd **Halle.**

Deutsche
Kriegsanleihe
kauft und verkauft unter günstigen Bedingungen.
Robert Rosenberg,
Bankgeschäft.
Halle a. S., Poststraße 76.

H. Schnee Nachfl.
Breitestrasse 6 Spezialgeschäft für Strumpfwaren u. Trikotagen
Halle a. S., Gr. Steinstr. 84.

Wir kaufen:
Rohe Felle,
Kanin 2c.
zu Tagespreisen.
Wir verkaufen:
Pelzwaren billig.
Dehus & Co., Leipzig,
Katharinenstr. 17, Zwischenstock.

Bei der Landbevölkerung eingeführte
Provisionsreisende
für den Verkauf landwirtschaftlicher Maschinen gesucht. Meldungen unter Angabe früherer Tätigkeit unter „Reisende" an die Exped. d. Merseburger Tageblatt.

Mädchen f. Alles
z. 1. März oder später gesucht
Frau Oberregierungsrat Heyer

Möbl. Zimmer
gesucht. Offerten unter **S. 40** an die Expedition d. Blattes

Verloren
eine goldene Armband-Uhr Dienstag abend von Haltestelle Elektrischer Bahn, Christianenstraße zum Johanniterlazarett (Schloßgarten).
Gegen Belohnung abzugeben
Johanniterlazarett.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190130-10/fragment/page=0006